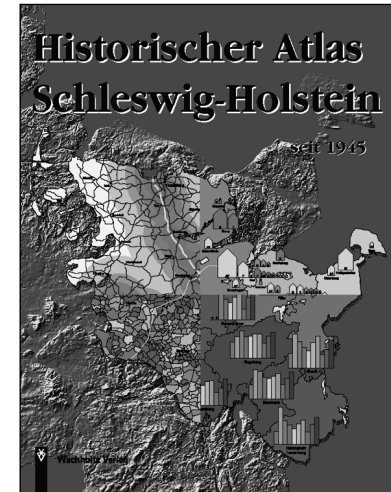


Landesgeschichte, statistisch aufbereitet: „Displaced Persons“ 1946–1950

## Annäherungen an die Landesgeschichte

Geschichtsatlanten kennt man seit der Schulzeit – jene Bücher mit Karten vertrauter oder fremder Gegenden, in deren umrissen es von Pfeilen, Punkten, Säulen und bunten Zeichen nur so wimmelte. Wurden ganze Länder oder Kontinente fokussiert, hatten die Karten oft keine richtige Aussage mehr. Und rückte mal eine kleinere Region in den Mittelpunkt, konnte man zwar exemplarisch Erkenntnisse gewinnen – nur mit der Übertragbarkeit war das so ein Problem...

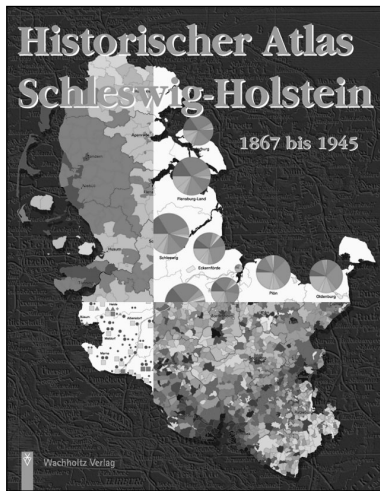
Die Historiografie Schleswig-Holsteins ist schon seit einer Weile um zwei Publikationen reicher, die eine riesige Menge geschichtlicher Daten in Karten und Diagrammen visuell aufbereiten. Für den Zeitraum von 1867 – als das Land nach jahrhundertelanger Selbstständigkeit bzw. Zugehörigkeit zu Dänemark preußische Provinz wurde – bis 1945 liegen nun insgesamt fast 280 Karten und 330 Diagramme vor, die Aspekte wie Bevölkerung, Landwirtschaft und Wirtschaft, Verkehr, Bildung, Gesundheitswesen, Natur und Umwelt, Wasser- und Energieversorgung, Militär, Verwaltung, Wahlen und vieles mehr anschaulich machen. Auch landestypischen Besonderheiten wie die deutsch-dänische Frage



Ingwer E. Momsen/Eckart Dege/Ulrich Lange (Hg.), Historischer Atlas Schleswig-Holstein 1867 bis 1945. Neumünster: Karl Wachholtz Verlag 2001. 207 Seiten mit 97 Karten und über 170 Diagrammen.

oder die Flüchtlingssituation nach 1945 werden dargestellt. Um die Bände nebeneinander benutzbar zu machen, orientieren sie sich thematisch aneinander.

Da in früheren Jahren in Preußen und im Deutschen Reich immer wieder umfangreiche Erhebungen unternommen worden sind, konnten die Bearbeiter der einzelnen Karten teils auf reichen Datenbestand zurückgreifen. Ziel war es, alle Ergebnisse auf Gemeindebasis widerzuspiegeln; für manche Themen musste mangels detaillierter



Ulrich Lange/Ingwer E. Momsen/Eckart Dege/Hermann Achenbach (Hg.), Historischer Atlas Schleswig-Holstein seit 1945. Neumünster: Karl Wachholtz Verlag 1999. 211 Seiten mit 180 Karten und über 160 Diagrammen.

Fakten auf größere regionale Abschnitte – etwa Landkreise – ausgezogen werden.

Welche Themen berücksichtigt wurden, ergibt sich einerseits aus der Forschungslage, andererseits aus den Zielsetzungen der Herausgeber. Generell relevant ist bei einem Atlasprojekt auch die Menge der vorliegenden Daten: Manches wichtige Thema kann aufgrund mangelnder Fakten nicht berücksichtigt werden (und für die nötige Nachrecherche ist keine Zeit), und zu anderen Aspekten gibt es eine so große Fülle von Daten, dass die klare kartografische Umsetzung nicht mehr möglich ist. Zweifellos vorhandene Lücken oder Desiderata sind immer auch der Ausgangs-

basis und der mangelnden Umsetzbarkeit von Daten geschuldet.

Der Umstand, dass im *Historischen Atlas Schleswig-Holstein* immerhin über 130 Jahre Landesgeschichte dargestellt werden, legte es den Herausgebern nahe, einzelne Themen in mehreren chronologischen Schnitten aufzubereiten, was ausreichendes Datenmaterial für die gewählten Stichjahre in derselben räumlichen Feingliederung erfordert. Das ist nicht immer leistbar gewesen, und die Bearbeiter haben hier den Mut zur Lücke bewiesen: Ehe man auf ein Thema verzichtete, wurde in Kauf genommen, dass evtl. für kleine Bereiche einer Karte keine Informationen vorlagen (etwa hinsichtlich der „Gewässergüte ausgewählter Fließgewässer“ 1979 bzw. 1997, wo nicht für beide Stichjahre für alle Gewässer vergleichbare Daten existierten). Trotzdem konnten bestimmte Fragen doch weitgehend zufriedenstellend umgesetzt werden.

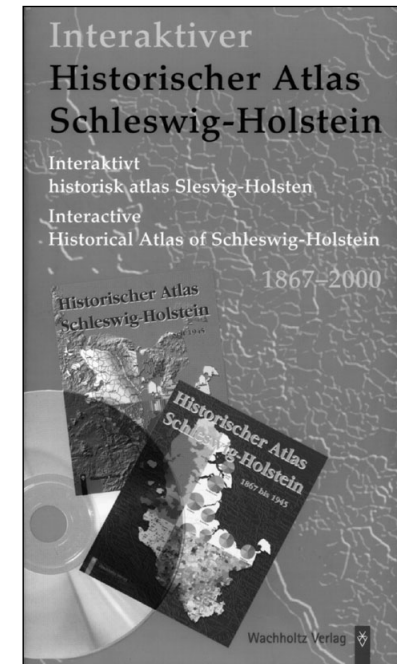
Beide Atlasbände zeichnen sich durch eine Parallelität der Darstellungsformen aus: Die Karten unterstützend und ergänzend wurden vielfältigste Diagramme erstellt, die die notwendigerweise oft abstrakte Kartensymbolik verstehen helfen. Zusätzlich sind oft auch Erläuterungen wichtiger Begriffe beigegeben, was die Benutzung der Bände durch Laien deutlich vereinfacht. Berücksichtigt man die vielfältigen Querbeziehungen etwa zwischen Aspekten wie Bevölkerungswachs-

tum, Entwicklung der Verkehrswege, aber auch Bewässerung, Schulen, Kultur etc., entsteht ein sehr komplexes Bild der jüngeren schleswig-holsteinischen Geschichte.

Für den Zeitraum 1933 bis 1945 finden Themen wie Wahlverhalten, Massenarbeitslosigkeit, Bombardierung, Flucht usw. Beachtung. Generell enthalten auch scheinbar nichtspezifische Karten wichtige Informationen, etwa diejenigen zum Militär, zur Kultur, zu den Verkehrswegen etc. Die Herausgeber weisen explizit darauf hin, dass für den Zeitraum des „Dritten Reichs“ teils von manipulierten Zahlen auszugehen ist.

Bei der Benutzung der Karten und Diagramme stößt man bald auf drei Besonderheiten, die typisch für derlei Werke sein mögen: 1. Die Karten sollen zu viele Fakten darstellen; 2. es fehlen konkrete Werte, und 3. Selbstverständliches wird dargestellt.

1. Aufgabe einer Karte ist, Zusammenhänge zu visualisieren, Vorgängen oder Gegebenheiten durch die grafische Aufbereitung mehr Klarheit zu geben. Hier ergaben sich aus der Feingliederung der Karten und dem notwendigerweise begrenzten Format der Bücher Probleme. Da viele Ergebnisse auf Gemeindebasis dargestellt werden, entstehen immer wieder sehr bunte, aber letztlich unübersichtliche Flickenteppiche – hier überhaupt nur die gesuchte Gemeinde klar zu lokalisieren, bereitet schon Schwie-



Frank Schwendler/Ulrike Schwendler/Jürgen H. Ibs/Björn Ahrens, Interaktiver Historischer Atlas Schleswig-Holstein 1867–2000. Neumünster: Karl Wachholtz Verlag 2002. 200 digitale Karten auf 2 CD-ROM. Texte deutsch, dänisch und englisch.

rigkeiten (in Anhang der Bände findet sich jeweils eine Umrisskarte mit Orientierungsziffern, mit deren Hilfe sich in den entsprechenden Listen die gesuchte Gemeinde identifizieren lässt – doch ein solches Hilfsmittel hätte besser als Folie dem Band beigelegt werden sollen, denn in der vorliegenden Form ist die Benutzung noch immer kompliziert).

In anderen Karten wurden zu viele Einträge untergebracht, so dass sie gleichfalls ihre Übersicht-

lichkeit verlieren – hier schießt Kartografie über ihr Ziel hinaus, versucht abzubilden, was visuell nicht prägnant sichtbar gemacht werden kann. Da es oft keine Beschriftung mit Ortsnamen gibt, verlieren die Karten dann ihren spezifischen Aussagewert, können allenfalls noch eine Faktendichte, Clusterbildung oder regionale Verteilungen erkennbar machen.

2. Vielen Kartensymbole und Diagramme machen zwar Mengenverhältnisse ersichtlich, es fehlen aber konkrete Zahlen und Werte. Oft erfährt man nichts genaues, es wird allenfalls ein „viel“ oder „wenig“, ein „mehr“ oder „minder“ erkennbar. Abhilfe schafft die CD-ROM-Ausgabe, in der weit mehr konkrete Fakten enthalten sind.

3. Geest und Marsch, Stadt und Land, Metropolennähe und Metro-

polenferne – diese Parameter sind zu erwarten und selbstverständlich, müssen aber nicht noch einmal kartografisch veranschaulicht werden.

Beide Bände sind Ergebnis großer Fleißarbeit – das betrifft sowohl die Datenerhebung aus der Literatur, also die Vorbereitung zur Kartografierbarkeit, wie auch die Kartenerstellung selbst. Die Komplexität der historischen Verläufe macht es unmöglich, ein Kartenwerk vorzulegen, das alle Interessen und Ansprüche befriedigt – angesichts der systemimmanenten Probleme historischer Kartografie haben die Bearbeiter jedoch eine hervorragende Leistung erbracht.

**Kay Dohnke**

Der inzwischen ebenfalls vorliegende Band 3 des Historischen Atlases Schleswig-Holstein erschließt die Zeit vom Mittelalter bis 1867.

## An Massenmord maßgeblich beteiligt

Begibt man sich im Internet auf die Homepage des Bundeskriminalamtes und versucht etwas über dessen Geschichte zu erfahren, stößt man auf einen kurzen tabellarischen Abriss, der die Eckdaten der Organisationsgeschichte auflistet.<sup>1</sup> Es gibt keinen Hinweis auf eine kritische Distanz zu früheren Führungspersönlichkeiten des BKA oder der einstigen inhaltlichen Ausrichtung der Behörde. Das verstört insofern,

als sich die größte polizeiliche Einrichtung zur Aufklärung von Straftaten mit dieser Selbstdarstellung in eine Tradition der Verschleierung von Verbrechen und Deckung von Verbrechen stellt. Denn das BKA wurde von Kriminalbeamten aufgebaut und jahrzehntelang geleitet, deren Karrieren in der Sicherheitspolizei Heinrich Himmlers begannen und von denen etliche an der Planung und Durchführung von

Massenmord maßgeblich beteiligt waren.

Dieter Schenk war jahrzehntelang Kriminalbeamter, zuletzt Kriminaldirektor im BKA, bis er 1989 den Dienst quittierte. Sein Blick auf das BKA ist entsprechend von intensiver Binnenkenntnis geschärft. Aus seiner kritischen Haltung heraus entstanden 1990 und 1998 zwei Veröffentlichungen über das BKA.<sup>2</sup> Seine dritte Publikation geht nun in die Entstehungsgeschichte des BKA zurück und beschäftigt sich mit dessen Vorgeschichte und den Biografien der „Architekten“ des BKA. Vor allem Paul Dickopf – BKA-Präsident von 1965 bis 1971, der vor seiner Pensionierung auch noch Präsident von Interpol wurde – steht im Mittelpunkt der Darstellung. Hierbei konnte Schenk auf die umfangreichen Aufzeichnungen Dickopfs zurückgreifen, die detaillierte Erkenntnisse über die Entstehungsgeschichte des BKA und die herausragende Rolle, die Dickopf hierbei hatte, ermöglichen. Schenk rekonstruiert dabei dessen Vita, der sich den Alliierten einst als Widerstandskämpfer angedient hatte, obwohl er innerhalb der Kriminalpolizei des NS-Staates Karriere gemacht hatte. Und Schenk beleuchtet die geheimdienstliche Tätigkeit, die Dickopf für die Amerikaner nach 1945 ausübte. Dies ist insofern von Bedeutung als es Dickopf so gelang, zum Stichwortgeber beim



Dieter Schenk, Auf dem rechten Auge blind. Die braunen Wurzeln des BKA. Köln: Kiepenheuer & Witsch 2001. 371 S. Taschenbuchausgabe Frankfurt/Main: S. Fischer Verlag 2003.

Neuaufbau einer zentralisierten Kripo zu werden.

Dickopfs einstige Arbeit im Reichskriminalpolizeiamt sollte hier prägend werden, da die Entwürfe für das 1951 eingerichtete BKA Kopien des Organisationsaufbaus des Reichskriminalpolizeiamtes (RKPA), dem Amt V. des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) der Nationalsozialisten waren. Doch es blieb nicht bei der organisatorischen Kopie. Träger des Neuaufbaus des BKA waren ehemalige führende Beamte des RKPA. Diese hatten sich erfolgreich mit der Legende der vermeintlich unpolitischen Kripo versehen, die im Ver-

1. Siehe [www.bka.de/profil/profil5.html](http://www.bka.de/profil/profil5.html)

2. Dieter Schenk, BKA. Die Reise nach Beirut. Reinbek 1990, und ders., Der Chef. Horst Herold und das BKA. Hamburg 1998.

brechensgefüge des NS-Staates einzig „sauber“ geblieben sei. Zum Erfolg dieser Geschichte gehörte in der frühen Bundesrepublik zweierlei: die Bereitschaft der Alliierten, die Behauptungen nicht zu genau zu prüfen, und ein gesellschaftlicher Konsens, die Verbrechen der NS-Kripo nicht als solche anzusehen. In der Verantwortung der Kriminalpolizei lag u.a. die Verfolgung von Sinti und Roma, so genannten „Asozialen“ und „Berufsverbrechern“. Die KZ-Internierung dieser Gruppen wurde auch im Nachkriegsdeutschland als gerechtfertigt angesehen.

Auf dieser Grundlage konnte sich im BKA ein Großteil ehemaliger SS-Offiziere des RKPA versammeln: Für Ende der 1950er belegt Schenk bei 45 der 47 leitenden Beamten des BKA eine NS-Vergangenheit. Es handelte sich hier größtenteils um ein Netzwerk Ehemaliger der Führerschule der Sicherheitspolizei (so nannte sich die von Himmler verschmolzene Einheit von Gestapo und Kripo) in Berlin-Charlottenburg.

Schenk stellt Folgen für die Dienstauffassung weit über die Pensionierung dieser Gruppe fest, deren Gravierendste er bereits im Buchtitel zusammengefasst hat. Die Geisteshaltung und die Herkunft aus dem RKPA führten frühzeitig zu Initiativen des BKA, die „vor-

beugende Verbrechensbekämpfung“ der Nationalsozialisten zu rehabilitieren. Damit ergänzt Schenk die Untersuchungen Patrick Wagners<sup>3</sup> für einen Zeitraum, der von der historischen Forschung noch kaum bearbeitet worden ist.<sup>4</sup>

Schenks Studie liest sich gut und flüssig. Den Rezensenten störte etwas, aufgrund des biografischen Zugriffs gewissermaßen das BKA beständig in die NS-Zeit verlassen zu müssen. Eine chronologische Darstellung hätte hier ein paar Wiederholungen verhindert. Aber es gibt Geschichtsbücher, die ihren Wert dadurch haben, dass sie nicht von einem Historiker verfasst wurden. Das zu besprechende ist eine diese Darstellungen. Es ist geschrieben von einem ehemaligen Kriminaldirektor im Bundeskriminalamt – jemandem, der seinen Untersuchungsgegenstand durch lange Arbeitsjahre kennt und der ein ausgesprochen gebrochenes Verhältnis zum BKA hat. Die entsprechenden Emotionen spürt der Leser durchgängig – und das macht das Lesen leichter oder vielleicht auch erträglicher. Denn das Dargebotene ist schwer verdaulich und bis heute ein Skandal: Die vom Innenminister Otto Schily genehmigte Akteneinsicht im BKA half Schenk wenig, da das BKA diese bis zur Manuskriptabgabe verzögerte. **Stephan Linck**

3. Siehe insbesondere: Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeptionen und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus. Hamburg 1996.

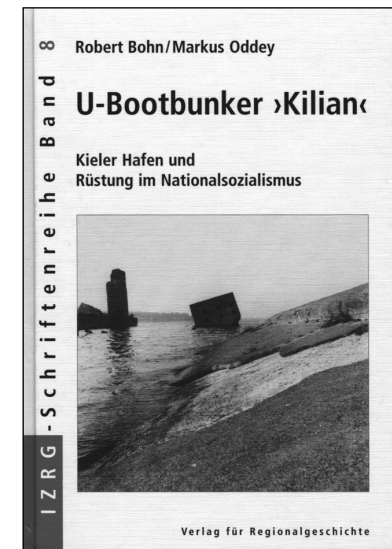
4. Wegweisend: Gerhard Fürmetz/Herbert Reinke/Klaus Weinbauer (Hg.), Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1969. Hamburg 2001.

## Dem Druck nicht standgehalten

Im Herbst 2000 verschwand einer der markantesten baulichen Überreste, die Nationalsozialismus und 2. Weltkrieg in Kiel hinterließen, aus dem Kieler Stadtbild: die Ruinen des U-Bootbunkers „Kilian“. Dem Abriss war eine jahrelange öffentliche, politische und gerichtliche Auseinandersetzung über die Nutzung des Geländes vorausgegangen. Das 2003 von Robert Bohn und Markus Oddey vorgelegte Buch ist ein Produkt dieser Auseinandersetzung: Das Planfeststellungsverfahren zum Abriss des Bunkers machte der Seehafen Kiel GmbH zur Auflage, eine geschichtswissenschaftliche Dokumentation über die Geschichte des Bunkers vor und nach 1945 zu erstellen und zu veröffentlichen. Der vorliegende Band präsentiert das Ergebnis dieser Dokumentation (S. 8, 228, 230).

Der Band führt sehr unterschiedliche Themenfelder zusammen. Im ersten, historischen Teil schildern die Autoren auf knapp 150 Seiten die Geschichte des Bunkers bis 1945, eingebunden in den zeitgenössischen kriegswirtschaftlichen und strategischen Kontext. Im zweiten Teil wird die Diskussion um die Nutzung des Bunkergeländes seit Kriegsende auf rund 70 Seiten nachgezeichnet.

Bohn und Oddey stellen dar, wie Kiel bereits als kaiserlicher Kriegshafen zum „infrastrukturellen Anhängsel der Marine“ (S. 32)



Robert Bohn/Markus Oddey: U-Bootbunker Kilian. Kieler Hafen und Rüstung im Nationalsozialismus. Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 2003. 256 S. (= IZRG-Schriftenreihe, Band 8; zugleich Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Band 44).

geriet und wie die Hafennutzung nach 1933 erneut unter das Primat der Marinerüstung gestellt wurde. Als weitere Rahmenbedingungen werden der Luftkrieg über Kiel und die zunehmend auf den U-Bootkrieg ausgerichtete deutsche Seekriegsstrategie detailliert untersucht.

Nachdem U-Bootbunker 1940 bis 1942 zunächst an der Atlantikküste errichtet wurden, führte der erhöhte Bedarf an U-Booten und

die Intensivierung des strategischen Luftkriegs durch die Alliierten zur Entscheidung, auch im Reichsgebiet U-Bootbunker zu errichten. In Kiel wurden zwei gebaut, 1941 bis 1943 der Bunker „Kilian“ auf dem Gelände der ehemaligen Howaldtswerke am Nordufer der Schwentimündung und 1943–1944 der Bunker „Konrad“ auf dem Gelände der „Deutschen Werke“.

Sehr ausführlich schildern die Autoren die Planungs- und die Bauphase, die unter Leitung der Hamburger Firma Dyckerhoff & Widmann stand. Auf die beteiligten Behörden, Firmen, und Arbeitskräfte gehen die Autoren nur am Rande ein. Für den Bau wurden bis zu 1.200 Arbeitskräfte eingesetzt. Bohn und Oddey vermuten unter ihnen – ausgehend von Vergleichszahlen für andere Bunker-Großbauprojekte – etwa 900 bis 1.000 „Fremdarbeiter“, denen ein kurzer Exkurs gewidmet ist.

Die Funktion des im November 1943 fertig gestellten Bunkers bestand vor allem darin, Neubauten bei Restarbeiten und Ausbildungs- sowie Frontbooten während der Reparaturzeit Schutz zu gewähren (S. 113). Anders als „Konrad“ wurde der Bunker wahrscheinlich aber nicht als Produktionsstandort der in der zweiten Kriegshälfte entwickelten Kleinst-U-Boote genutzt. Die beiden Kieler U-Bootbunker boten zwar gute Deckung gegen Luftangriffe. Auf die Produktionsentwicklung, die stärker durch Ar-

beitskräftemangel, Transport- und Organisationsprobleme als durch Bombenschäden beeinträchtigt wurde, haben die U-Bootbunker nach Ansicht von Bohn und Oddey allerdings keinen nennenswerten Einfluss gehabt.

Der historische Teil schließt mit der ersten Sprengung des „Kilian“ 1946 durch die britische Besatzungsmacht im Zuge der alliierten Demontage- und Demilitarisierungsmaßnahmen, die stehengebliebenen Überreste prägten allerdings noch über Jahrzehnte das Kieler Ostufer. Dagegen verschwand der Bunker „Konrad“ bald aus dem Stadtbild: Er wurde schon 1945 vollständig gesprengt, das Gelände Anfang der sechziger Jahre mit neuen Werftanlagen überbaut (S. 149f.).

Spannend ist vor allem der zweite Teil der Dokumentation, der den Meinungsstreit über die Nachnutzung des Bunkergeländes nachzeichnet. Quellen bilden die Zeitungen und die Verlautbarungen und Publikationen der Konfliktparteien. Vorangestellt ist eine kurze Chronologie der Auseinandersetzungen, gefolgt von Kapiteln zum Streit um den Denkmalwert der Bunkerruinen und zur Auseinandersetzung über die wirtschaftlichen Nutzungskonzepte sowie zur Entscheidungsfindung der Landesregierung 1996/1997. Entsprechend ihres Auftrags enthalten sich Bohn und Oddey einer Bewertung der verschiedenen Positionen (S. 11).

Die Autoren schildern, wie der Verkauf des Bunker- und Werftgeländes nördlich der Schwentine 1984 an die Stadt Kiel einen wesentlichen Anstoß dazu bildete, über eine Neunutzung des Ruinenfeldes nachzudenken. Zuvor wurden die Überreste des „Kilian“ öffentlich kaum wahrgenommen, und auch die Hafenvirtschaft hatte an den Ruinenflächen lange Zeit keinen Bedarf. Den Plänen der Hafen- und Verkehrsbetriebe (HVB) zur Erweiterung des Ostuferhafens stellte sich zunächst die Landesdenkmal-schutzbehörde erfolgreich entgegen. Für den Erhalt der Ruine als Mahnmal setzte sich bald eine Bürgerinitiative um Jens Rönnau ein, die seit Februar 1996 als gemeinnütziger Verein eingetragen ist (vgl. ISHZ 39, S. 105-108).

Auf Betreiben der HVB und der Mehrheit der Kieler Ratsversammlung stimmte schließlich Anfang 1997 die Landesregierung einem Ruinenabriss zugunsten der Hafenerweiterung zu. Nachdem Klagen des Mahnmalvereins im Oktober 1999 abgewiesen werden, waren die Tage des „Kilian“ endgültig gezählt; als Ersatzobjekt für seine inhaltlichen Ziele konnte der Mahnmal-Verein 2001 den „Flandernbunker“ in der Wik ersteigern.

Die Autoren weisen darauf hin, wie der Meinungsstreit durch einen Wandel des Denkmalbegriffes mitbedingt wurde: Weniger der künstlerische Gehalt eines Bauwerks, als vielmehr die Repräsentativität für

eine Epoche oder einen Ort bestimmen seinen Denkmalwert (S. 176). Dieses Umdenken führte in vielen Städten dazu, einst als „Schandflecken“ empfundene Objekte wie eben z.B. Bunker als Denk- oder Mahnmale neu zu bewerten. Den Kieler Bunkerschützern galt der „Kilian“ als ästhetischer Störfall, was ihn gegenüber anderen Gedenkorten an der Förde besonders als authentisches maritimes Mahnmal an den Zweiten Weltkrieg qualifiziert habe (S. 186). Hier wären Abbildungen zu den besprochenen Denkmälern sinnvoll gewesen.

Die Autoren lassen auch die verschiedenen, zum Teil sehr ambitionierten künstlerischen und geschichtsdidaktischen Projekte Revue passieren, die insbesondere der Mahnmal-Verein mit Erfolg initiierte. Bohn und Oddey lassen aber auch deutlich werden, dass diese Vorschläge für ein „Denkmal der negativen Erinnerung“ (S. 203) gegen die Mehrheit der öffentlichen Meinung wenig Chance hatten, wozu die Art der Berichterstattung in der örtlichen Presse das ihre beigetragen habe (S. 226). Auch wenn die Wirtschaftlichkeit der Hafenerweiterungspläne umstritten waren, konnte die Landesregierung nach Ansicht der Autoren der öffentlichen Meinung und dem Druck durch Kommunalpolitik und Landtagsopposition nicht standhalten.

Dem Buch liegt eine ausführliche Quellenrecherche, auch in ausländischen Archiven, zugrunde. Als

problematisch, aber nicht den Autoren anzulasten, erwiesen sich die großen Lücken in der kommunalen, provinziellen und privatwirtschaftlichen Überlieferung. Sinnvoll wäre im historischen Teil eine Straffung der Abschnitte über historische Rahmenbedingungen und bautechnische Details gewesen.

Weitgehend ausgeblendet bleibt dagegen der soziale Raum, also der Arbeitsalltag sowie Befehls- und Arbeitsstrukturen in Bau- und Betriebsphase des „Kilian“. Das mag der schlechten Aktenlage geschuldet sein, aber die Autoren ziehen, z.B. im Zwangsarbeiter-Exkurs, zur Ergänzung fast ausschließlich einige wenige, bereits veröffentlichte Zeitzeugenaussagen (v.a. bei Rönnow 1997) heran. Ebenso erfährt der Leser kaum etwas über das Selbstverständnis der deutschen Akteure. Eine breitere Materialbasis wäre hier wünschenswert gewesen.

Gewinnbringend dagegen ist auf jeden Fall der zweite Teil, der eine für die Region wichtige zeithistorische Debatte dokumentiert. In ihrer abschließenden Bewertung der Abrissdebatte hinterfragen die Autoren kritisch die scharfe Polarisierung zwischen zeithistorisch-didaktischen und ökonomischen Argumenten. Diese zeige aber den hohen Diskussionsbedarf über die nationalsozialistische Vergangenheit Kiels. Zu fragen sei daher, ob mit dem Verzicht auf ein „Kilian“-Mahnmal nicht eine Chance vertan worden sei. Man wird dem Fazit der Autoren sicherlich zustimmen, dass auch nach dem Abriss des „Kilian“ die Herausforderung an die Stadt Kiel bestehen bleibt, einen Erinnerungsort zu errichten, der an die problematische maritime Vergangenheit der Stadt, insbesondere in der Zeit des Nationalsozialismus, mahnt.

**Jan Klußmann**

## Erschreckendes Bild kirchlichen Handelns

Als im September 2001 die Wanderausstellung *Kirche, Christen, Juden in Nordelbien 1933–1945* der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, gab es vereinzelt zwar Kritik, doch die auch überregional wahrgenommene Ausstellung fand allgemein große Zustimmung. Als einziges Glied der EKD wählte die Nordelbische Ev.-Luth. Kirche diesen Weg, um sich mit ihrer Geschichte

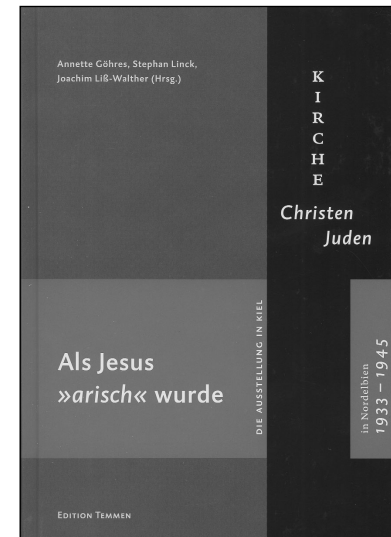
während der NS-Zeit auseinander zu setzen. Denn auch hier hatte die nationalsozialistische Weltanschauung nicht erst 1933 eine große Anhängerschaft. Durch die starke Stellung der Deutschen Christen gerade in den kirchenleitenden Funktionen fand der staatliche Antisemitismus auch schnell Anwendung in der kirchlichen Gesetzgebung. Der Ausgrenzung von Kirchenmitglie-

dern jüdischer Herkunft widersprachen nur wenige.

Die Ausstellung – erarbeitet vom Nordelbischen Kirchenarchiv und im Besonderen vom Kieler Historiker Stephan Linck – wanderte durch alle Kirchenkreise, die aus diesem Anlass begannen, ihre Rolle im Nationalsozialismus zu erforschen und im „lokalen Fenster“ jeweils eigene Schwerpunkte zu setzen. Gestalterisch umgesetzt wurde die Ausstellung, die immer in einer Kirche zu sehen war, durch Studierende der Kieler Muthesius-Hochschule unter Professor Bernhard Schwichtenberg.

Der vorliegende Band dokumentiert die Ausstellung, wie sie in der Kieler Ansgarkirche gezeigt wurde, und große Teile des umfassenden Begleitprogramms. Zeitgleich zur Ausstellungsvorbereitung lief ab 1998 ein synodaler Diskussionsprozess zum Verhältnis von Christen und Juden, mit der Absicht, Schuld zu bekennen, das christlich-jüdische Verhältnis neu zu bestimmen und die Bedeutung jüdischer Frömmigkeit und Kultur für die eigene Religiosität zu klären. Abgedruckt sind deshalb auch die Erklärungen der Nordelbischen Synoden von 1998 und 2001 zu diesem Thema.

Die Ausstellung, in deren Mittelpunkt zehn biografische Skizzen standen, konzentrierte sich – man möchte sagen: leider nur – auf die zwölf Jahre des „Dritten Reiches“. „Die dargestellten Personen reprä-



Annette Göhres/Stephan Linck/Joachim Liß-Walther (Hg.), *Als Jesus „arisch“ wurde. Kirche, Christen, Juden in Nordelbien 1933–1945*. Die Ausstellung in Kiel. Bremen: Edition Temmen 2003. 280 S.

sentieren genauso die Vielfalt innerkirchlicher Strömungen, wie sie auch einen Proporz von Opfern und Tätern, kirchenleitenden Personen und Laien verteilt über das Gebiet Nordelbiens herstellen. Dieses Proporzmodell [...] verdeutlicht [...] durch die verschiedenen eingenommenen Perspektiven sowohl das Spektrum von Handlungsoptionen als auch die verheerenden Folgen der antisemitischen Hetze durch die Darstellung der Opferwahrnehmung“ (S. 24), schreibt Linck über das Konzept.

Porträtiert wurden:

1. der antisemitische Flensburger Pastor und Gründer des Bundes für Deutschkirche Friedrich Andersen

2. der mit einer getauften Jüdin verheiratete Stormarner Pastor Bernhard Bothmann, der deshalb in den Ruhestand versetzt wurde

3. die der Bekennenden Kirche nahestehende Hamburger Lehrerin Elisabeth Flügge, die jüdische Familien unterstützte

4. der getaufte Jude Arthur Goldschmidt, national eingestellt, der 1933 als Oberlandesgerichtsrat entlassen wurde und in Theresienstadt eine ev. Gemeinde gründete

5. der zur Führung der Bekennenden Kirche gehörende Pastor Wilhelm Halfmann, der für einen Kompromiss mit den Deutschen Christen eintrat und die staatliche Judenverfolgung zunächst hinnahm

6. die Hamburger Jerusalem-Gemeinde, gegründet zur Missionierung und Unterstützung jüdischer Auswanderer aus Osteuropa, die 1933 mit Veranstaltungen von „Nichtariern“ begann und Verfolgten bei der Auswanderung half

7. der Kieler Theologieprofessor Hermann Mulert, der als liberaler Protestant schon früh gegen den Antisemitismus kämpfte

8. der Pastor Gerhard K. Schmidt, der als Mitarbeiter des „Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“ seine Erfüllung fand

9. der später aus der Kirche ausgestretene Pastor Ernst Szymanowski, der 1948 als Leiter eines Einsatzkommandos zum Tode verurteilt wurde

10. der antisemitische Hamburger Bischof Franz Tügel, der aber eine Mittelposition im Kirchenkampf einnahm und auch die „Ariergesetzgebung“ nicht durchsetzte.

Um diese Biografien in den Gesamtzusammenhang einzubetten, fanden sich in der Ausstellung viele Hintergrundinformationen, die z.B. als Zeitleiste über die Ereignisse der Jahre 1933 bis 1945 oder über die Strömungen im Kirchenkampf aufklärten. Auch diese Teile sind im Band abgedruckt, so dass der Leser alle in der Ausstellung gebotenen Informationen nachlesen kann. Alle diese Teile ergänzen sich, bauen aber nicht aufeinander auf. Im Lokalen Fenster für Kiel wird die Frage gestellt, warum der Kirchenkreis Kiel im Gegensatz zu andern keine Informationen über getaufte Juden und „Mischehen“ weitergibt, obwohl die Akten vorhanden sind. Und es befasst sich mit dem Pastor an der Ansgarkirche in Kiel, Christian Chalybaeus, der nach 1933 bald mit der NSDAP in Konflikt geriet und eine Kontaktstelle zur Unterstützung evangelischer Christen jüdischer Herkunft in Kiel leitete.

Der Band ist optisch ansprechend und gut gegliedert. Er enthält viele Abbildungen; die Fotos, die die Kieler Ausstellung dokumentieren, sind qualitativ eher schlecht und machen den Eindruck, als wären sie zufällig entstanden.

Zur Ausstellung gab es ein umfangreiches Begleitprogramm, das vom Kieler Pastor der Ansgar-

gemeinde Joachim Liß-Walther in Kooperation mit der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit zusammengestellt wurde. „Der Schwerpunkt des Begleitprogramms“, so das Vorwort, „lag klar in der bewussten Wahrnehmung der (Mit-)Täterschaft und (Mit-)Urheberschaft der Kirche sowohl am historischen Antijudaismus als auch am modernen Antisemitismus. Die Veranstaltungsreihe wurde zum Blick über 2000 Jahre Kirchengeschichte, der konfessionsübergreifend eine historische und theologische Bilanz darstellt.“ (S. 10) Leider konnten nicht alle Vorträge in den Band aufgenommen werden. Einige der theologischen Beiträge sind in Predigtform – z.B. während des Eröffnungs- und Abschlussgottesdienstes – gehalten worden und bleiben hier unberücksichtigt.

Um die *Wurzeln der Judenfeindschaft* geht es im Aufsatz Siegfried Berglers (S. 105-116). Als Grundlage des christlichen, kirchlichen Judenhasses benennt der Autor heidnische, antike Wurzeln. Schon im Neuen Testament – besonders beim Apostel Paulus – wird dann aus „anfänglicher Geschwisterrivalität und missionarischer Konkurrenz immer stärkerer Hass geschürt. Seitdem haben Christen den Juden nicht deshalb so viel Leid angetan, weil Juden so anders waren, sondern gerade aufgrund ihrer engen Verwandtschaft. [...] So besteht für mich die Hauptwurzel christlicher Judenfeindschaft darin, dass sich

Christen von ihren jüdischen Wurzeln lossagten.“ (S. 109). Deshalb fordert Bergler am Ende seines Beitrages dazu auf, „die jüdischen Wurzeln unseres christlichen Glaubens neu zu entdecken, uns bewusst zu machen, dass Jesus Jude gewesen ist“ (S. 116). Etwa gleichzeitig mit der Judenemanzipation kam als eine Art Gegenbewegung der Antisemitismus auf, auch wenn der Begriff erst später geprägt wurde. Dieser kam nicht aus religiösen, sozialen oder wirtschaftlichen Motiven, sondern war primär rassisch-biologisch-genetisch und politisch ausgerichtet.

Nach dem Holocaust wurde in der Bundesrepublik – auch in der Spielform des Antizionismus – der Judenhass nicht unmöglich. Alte Vorurteile früherer Zeiten seien weitervererbt worden, die Juden würden weiter als Sündenböcke benutzt. Bergler stellt auch einen Zusammenhang mit der Fremdenfeindlichkeit her – „und damit sind wir wieder am Anfang angekommen, beim antiken Judenhass: Die Juden sind offenbar etwas anderes als wir, glauben etwas anderes, leben anders als wir, kapseln sich von uns ab. Dieses Empfinden der Andersartigkeit erzeugt bei uns Angst und Unsicherheitsgefühle, die wir zu verdrängen suchen. [...] Je kleiner die Unterschiede sind, die uns von einem Fremden trennen, umso größer pflegt unsere Abneigung gegen ihn zu werden.“ (S. 115). Leider verfügt dieser Beitrag über

keinen Anmerkungsapparat, auch wenn der Autor häufig im Text Hinweise auf seine Quellen gibt.

Der Artikel *Martin Luther und die Juden* (S. 117-131) von Jörgen Sonntag zeigt auf, welche Auswirkungen die Schriften Luthers gegen das Judentum bis heute haben. Sonntag beschreibt Luther vor allem als ein Kind seiner Zeit, der „die traditionelle Polemik gegen die Juden“ nutzte. Dabei habe Luther die religiöse Situation der Juden völlig falsch eingeschätzt, als er meinte, „mit die Reformation müssten nun die Juden in Scharen zu ihrem Messias kommen“, da ja nur „die bisherige un-evangelische Verkündigung der Kirche [...] den Juden den Glauben an Jesus verstellt“ (S. 130) habe. Für Luther zentral blieb der Glaube daran, dass der Mensch Jesus auch als Gottes Sohn angesehen wird. „Die Ausschließlichkeit des Einen Gottes, den die Juden glauben, wird hier auf Jesus Christus übertragen.“ (S. 130) Darin konnten ihm gläubige Juden nicht folgen. Luthers Enttäuschung darüber führte zu einer Verschärfung des Tons, vor allem in seiner letzten Schrift *Von den Juden und ihren Lügen* von 1543. „Sie hat den Antisemiten als Fundgrube und Alibi gedient und unter Lutheranern seit der Reformation immer wieder Entsetzen ausgelöst.“ (S. 118)

Im Beitrag „...vor zersetzendem jüdischen Einfluss bewahren“ (S. 132-146) schreibt Stephan Linck über den Antisemitismus in der

schleswig-holsteinischen Landeskirche am Beispiel von drei Pastoren, die als Propagandisten der Deutschkirche – der radikalsten antisemitischen Gruppierung innerhalb der Landeskirche – auftraten. Sie dürfen zwar als Außenseiter gelten, deren Treiben aber von der Landeskirche kein Einhalt geboten wurde. Neben Friedrich Andersen und Ernst Szymanowski (s.o. bei den Biografien) findet Johann Peperkorn Erwähnung, seit 1928 Mitglied der NSDAP und bald darauf auch Gauredner der Partei. Linck sieht in ihm weniger den Pastor, der eine neue Theologie betrieb, als den Nationalsozialisten, der die Kirche der Partei und dem Staat unterordnen wollte. Die Versuche, die Deutschkirche unter den Theologen zu verbreiten, blieben eher erfolglos.

*Halfmanns Schrift „Die Kirche und der Jude“* von 1936 lautet der Titel des Beitrags von Klauspeter Reumann (S. 147-161). Halfmann – führendes Mitglied der Bekennenden Kirche und ab 1946 Bischof von Holstein – war im Gegensatz zu anderen bereit, dem Staat die äußere Ordnung der Kirche einzuräumen. Seine Schrift zeigt den traditionellen kirchlichen Antijudaismus. Halfmann befürwortete sogar die staatlichen Judengesetze, um sich gleichzeitig vom aggressiven Antisemitismus der NSDAP abzugrenzen. Als Beweggrund für diese Haltung sieht Reumann Überlegungen, den Vorwurf von der „Verju-

dung der Kirche“ zu entkräften, der von den Deutschen Christen und der Deutschkirche vor allem gegenüber der Bekennenden Kirche erhoben wurde.

Die radikalste Ausprägung des kirchlichen Antisemitismus zeigt sich in Hansjörg Buss' Beitrag *„Entjudung der Kirche“*. Ein Kircheninstitut und die schleswig-holsteinische Landeskirche (S. 162-186). Das „Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“ – gegründet 1939 auch durch die Landeskirche Schleswig-Holstein in der Person ihres Kirchenamtspräsidenten Kinder – forderte die „Entjudung“ von Staat und Kirche. „Von zentraler ideologischer Bedeutung und Voraussetzung für die Institutsarbeit war dabei die vollständige Abkoppelung der Person Jesu vom Judentum.“ (S. 170). Neben dieser „wissenschaftlichen“ Arbeit konnte schon 1940 eine „gereinigte“ Fassung des Neuen Testaments herausgegeben werden, 1941 erschienen ein „judenfreies“ Gesangbuch, aus dem 2/3 des Liedbestands eliminiert war, sowie ein „entjudeter“ Katechismus. „Er markiert [...] den Höhepunkt einer Verschmelzung von christlicher Botschaft und nationalsozialistischer Ideologie, in dem die christliche Botschaft nicht mehr ansatzweise zu erkennen ist.“ (S. 173). Zwar lehnte die Mehrheit der Amtsträger und Laien auch in Schleswig-Holstein diese Positionen ab, aber dem Insti-

tut gelang es dennoch, großen Einfluss auf das kirchliche Leben zu bekommen. Auf die theologischen Vorgaben des Instituts zurückzuführen war auch der entgeltliche Ausschluss „nicht-arischer“ Gemeindeglieder vom Dezember 1941.

„Ausgegrenzt, geschlagen, gedemütigt, erfuhren sie, was es heißt, wenn Antisemitismus zur Staatsdoktrin wird, und sie erfuhren es in einem Alter, in dem sie noch gar nicht begreifen konnten, was da mit ihnen geschah und warum es geschah. Nicht in der Lage, ihre Ängste, ihre Verzweiflung, ihre Hoffnungslosigkeit in Worte zu fassen, waren sie dem Regime noch schutzloser ausgeliefert als die Erwachsenen.“ (S. 188f.) Bettina Goldberg schreibt in ihrem beeindruckenden Aufsatz *„Am schlimmsten war es für uns Kinder“*. *Jüdische Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein unter dem NS-Regime* (S. 187-202) über die hilflosesten Opfer des Antisemitismus. Zeitzeugen – oft die einzigen Überlebenden einer Familie – haben der Autorin berichtet, wie sie durch Mitschüler und Lehrer nach 1933 vielfach systematisch gedemütigt wurden.

Im Gegensatz zur evangelischen Kirche, wo vor 1933 schon 27 Prozent der Pastoren der NSDAP angehören, gab es im Bistum Osnabrück – zu dem auch das Gebiet Schleswig-Holstein und Hamburg gehörte – nur einen Priester mit NSDAP-Parteibuch. Im Gegenteil, die katholische Kirche und ihre



Priester waren vielfach der Verfolgung ausgesetzt – mehr als 100 Theologen wurden umgebracht –, weil sie Stellung gegen die NS-Ideologie bezogen. Die Fragen, die sich Bernd Gaertner in seinem Beitrag *Zwischen Anpassung und Widerstand. Katholische Kirche und Nationalsozialismus 1933–1945. Schuld, eingeständnis und Dank für Widerstand* (S. 203–228) stellt, lauten: „Waren die Täter nur auf anderen Seiten zu suchen?“ Und: „Haben sich – trotz der unwiderlegbaren Beispiele von Widerstand – auch Katholiken (Papst, Bischöfe, Priester oder Gläubige) zu sehr mit den Nazis eingelassen, haben sie nicht energisch genug gegen die Verbrechen protestiert?“ (S. 205) Antijüdische, antikommunistische, antiliberale Einstellungen brachten die katholische Kirche zunächst in die Nähe der NS-Weltanschauung und auch zum Schweigen gegenüber den Verbrechen an den Juden, auch wenn Papst und Bischöfe, deren Einfluss Gaertner als beschränkt ansieht, durch stille humanitäre Maßnahmen konkret Menschen zu helfen versuchten.

Der katholische Antijudaismus gründete sich allein auf die Ablehnung der Juden aus religiöser Überzeugung. Ließen sich Juden dagegen taufen, wurden sie als vollgültige Mitglieder der Kirche auch während NS-Zeit angesehen. Den Verantwortlichen ging es in erster Linie um das Überleben der katholischen Kirche. „Das Erschrecken

über das, was Menschen Menschen während der Jahre 1933–1945 angetan haben, und dass die Kirche hierzu – ungewollt – beigetragen hat, trug wesentlich zur Erneuerung der Kirche bei.“ (S. 228)

Jörgen Sonntags zweiter Beitrag *„Aber das Wort sagten sie nicht!“ Die mühsamen Schritte der evangelischen Kirche zur Anerkennung ihrer Mitschuld an der Judenverfolgung* (S. 229–253) zeigt auf, wie schwierig es für die Evangelische Kirche nach 1945 war, Schuld oder Mitschuld auszusprechen. „Nur wenige Christen hatten begriffen und in den folgenden Monaten – wie Niemöller – immer wieder darauf hingewiesen, dass erst diejenigen, die ihre Schuld annehmen, freie Menschen werden, ihre personale Verantwortung zurückgewinnen und imstande sind, in neuer Weise zu denken und zu handeln.“ (S. 237f.) So führte z.B. die Stuttgarter Schulderklärung vom Oktober 1945 zu besonders vielen Protestschreiben aus dem nordelbischen Bereich. Beschämt wurde zwar in manchen Erklärungen auf die Schuld der Kirche gegenüber den Juden reagiert, vielfach aber ohne darüber nachzudenken, „ob nicht gerade diese Theologie der Überlegenheit des christlichen über den jüdischen Glauben den christlichen Antijudaismus begründet und immer wieder genährt habe und dass letztlich dieser Antijudaismus die Kirche gehindert habe, beschützend neben das jüdische Volk zu treten, als es aus antisemitischen

Gründen vernichtet werden sollte.“ (S. 244) Sonntag datiert das Umdenken auf den Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin 1961, auf dem die unlösbare Verbundenheit zwischen Juden und Christen betont und der christliche Antijudaismus verworfen wurde.

Viele Beiträge des Begleitprogramms widmen sich also der Frage, „wie das Christentum zum wichtigsten Transporteur antisemitischen Handelns werden konnte“ (S. 11). Doch ist es schade, dass

zumindest bei den im Buch abgedruckten Vorträgen die Seite der Opfer – abgesehen von dem Beitrag von Bettina Goldberg – zu kurz kommt. Sicherlich gibt es qualitative Unterschiede, obwohl sie alle auf intensiven Studien zu beruhen scheinen – alle Beiträge ergeben zusammen mit dem Ausstellungsteil ein klares und für alle, denen Kirche etwas bedeutet, auch erschreckendes Bild kirchlichen Handelns während der NS-Zeit und z.T. auch darüber hinaus. **Renate Dopheide**

## Provinz als Spiegel der Zeitgeschichte

Im Sommer 1962 lernte der kanadische Werkstudent Lawrence D. Stokes eine Pädagogikstudentin aus Eutin kennen; zwei Jahre später heiratete das Paar. Für Eutin und die Geschichtsschreibung hat sich diese Liaison als absoluter Glücksfall erwiesen. Mehr als 40 Jahre lang befasste sich Stokes – inzwischen emeritierter Professor für europäische Geschichte im kanadischen Halifax – intensiv mit der Eutiner Zeitgeschichte.<sup>1</sup> Eine Auswahl von 20 Aufsätzen der Jahre 1978 bis 2003 hat Stokes nun in dem Sammelband *„Meine kleine Stadt steht für tausend andere ...“ Studien zur Geschichte von Eutin in Holstein*

1918–1945 zusammengestellt. Diese wurden teilweise mit neuen Einleitungen versehen, in denen die Rezeptionsgeschichte und neue Forschungsergebnisse aufgenommen wurden. Zudem wurden einige Beiträge gekürzt und der Anmerkungsapparat aktualisiert bzw. eingesetzt; ergänzend wurden sie mit Fotografien bzw. Dokumenten illustriert. Drei der Beiträge erscheinen erstmals in deutscher Sprache.

In drei Kapiteln behandelt Stokes „Parteien, Personen, Politik“ von links (Teil 1) und von rechts (Teil 2) sowie „Nationalsozialistische Einrichtungen, Mitglieder und Opfer“ (Teil 3). Vorangestellt ist ein

1. Vgl. insbesondere Lawrence D. Stokes, *Kleinstadt und Nationalsozialismus. Ausgewählte Dokumente zur Geschichte von Eutin 1918–1945*. Neumünster 1994 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Band 82); ders., *Der Eutiner Dichterkreis und der Nationalsozialismus 1936–1945*. Neumünster 2001 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Band 111).



Lawrence D. Stokes: „Meine kleine Stadt steht für tausend andere ...“. Studien zur Geschichte von Eutin in Holstein, 1918–1945. Eutin: Struve's Buchdruckerei und Verlag 2004. 432 S.

einleitender Text, in dem Stokes einen knappen Überblick über die politischen und gesellschaftlichen Grundlagen Eutins gibt (S. 11-27).

Eutin, das 1933 knapp 7000 Einwohner/innen zählte, war trotz seines kleinstädtischen Charakters das städtische Zentrum des bis 1937 zum Freistaat Oldenburg zählenden „Landesteiles Lübeck“. Mit fast 45 % der Bevölkerung überwogen „berufslose“ Ehefrauen und Rentner, etwa 1/3 gehörte dem Mittelstand (Handwerker, Kaufleute, Angestellte, Beamte) an, und nur jeder Sechste – einschließlich der

Hausangestellten – zählte zur Arbeiterschaft.

1925 waren über 93 % der Bevölkerung Mitglieder der evangelisch-lutherischen Landeskirche. Die Strukturmerkmale der „Schul-, Rentner- und Beamtenstadt“ (S. 14) gelten als charakteristisch für die frühen Hochburgen der NSDAP. Stokes weist zurecht darauf hin, dass der frühe Aufstieg der Nationalsozialisten durch das daraus resultierende Nichtvorhandensein der beiden stärksten Gegenkräfte entscheidend begünstigt wurde: der politische Katholizismus war praktisch nicht existent, die organisierte Arbeiterschaft insgesamt schwach ausgeprägt (S. 15).<sup>2</sup>

Im ersten Teil, der sich hauptsächlich mit SPD und KPD beschäftigt, sind fünf Aufsätze zusammengefasst: Ein Überblick zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik (S. 29-46), Beiträge zur Entwicklung des Reichsbanners (S. 47-56), zu dem sozialdemokratischen Funktionär Adolf Buhrke (S. 57-64) sowie zum Widerstand von SPD (S. 65-96) und KPD (S. 97-124) gegen den Nationalsozialismus. Stokes macht hier deutlich, dass sich keine der beiden Parteien als entscheidender politischer Faktor etablieren konnte. Dies gilt zumal für die KPD, die politisch bedeutungslos blieb

und bei den Landtagswahlen 1932 mit gerade einmal 122 Stimmen (= 3,15 %) ihr bestes Ergebnis seit 1924 erreichen konnte (S. 97). Für die Schwäche der SPD führt Stokes neben den ungünstigen strukturellen Voraussetzungen auch lokale Gründe an.

Eine entscheidende Bedeutung misst er dabei einer Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialisten und Angehörigen des Reichsbanners im November 1931 zu, bei der ein SS-Mann ums Leben kam (S. 41-42, S. 83-87, S. 289-312). Der folgenden Kampagne durch die NSDAP, von der Stadtverwaltung und Kirche einseitig unterstützt, hatte die demoralisierte SPD nichts entgegenzusetzen; dieselbe „Mischung aus Resignation und Unterdrückung“ attestiert Stokes der Partei auch während des vorgezogenen „Dritten Reiches“ von Juli 1932 bis Januar 1933 (S. 42). Insgesamt macht Stokes als den Kardinalfehler sozialdemokratischer Politik aus, dass es trotz der ab 1925 stattfindenden „Verbürgerlichung“ der sozialdemokratischen Funktionäre (S. 39) nicht gelang, „neue soziale Schichten anzusprechen und als Wähler für die SPD zu gewinnen.“ (S. 30) Den Beleg, dass dies angesichts der konstant starken Zustimmung für die antidemokratische Rechte<sup>3</sup>, einer massiven antiso-

zialistischen Propaganda und der einseitigen Parteinahme staatlicher Stellen gegen die Arbeiterbewegung wirklich eine realistische Option war, bleibt er hier allerdings schuldig.

Ebenfalls fünf Aufsätze umfasst das Kapitel zu „Parteien, Personen, Politik von rechts“. Stokes skizziert die Eutiner Ereignisse während des Kapp-Putsches (S. 127-140) und gibt einen Überblick über die Entwicklung des Stahlhelms (S. 155-176) bis zu dessen Eingliederung in die SA im Herbst 1933. In einem Beitrag zur evangelisch-lutherischen Landeskirche Eutin (S. 141-154) hebt er hervor, dass diese sich bereits 1930 gegenüber dem Nationalsozialismus geöffnet und den Aufstieg der Nationalsozialisten erheblich begünstigt hatte. Trotz zahlreicher Konflikte, die hauptsächlich in der staatlichen Einflussnahme auf kirchliche Belange begründet waren, änderte dies nichts an der kirchlichen Unterstützung des NS-Staates und der „prinzipiellen Loyalität“ zur Hitler-Regierung (S. 151).

Zwei weitere Beiträge beschäftigen sich mit der Absetzung des deutschnationalen Eutiner Bürgermeisters Otto Stoffregen im Zuge der nationalsozialistischen „Macht ergreifung“ (S. 177-205) und mit Ernst Evers, Kreisvorsitzender der

2. Ab 1928 lagen die Wahlergebnisse der NSDAP stets weit über dem reichsweiten Durchschnitt. Bei den Wahlen zum Landesausschuss (= Kreistag) errangen die Nationalsozialisten bereits 1930 die absolute Mehrheit, bei den Reichspräsidentenwahlen 1932 stimmten in Eutin fast 55 % für Adolf Hitler; nach den Landtagswahlen im Mai 1932 stellte die NSDAP im Freistaat Oldenburg erstmals eine Alleinregierung.

3. Bei den Reichstagswahlen in den Jahren 1921 bis 1924 erzielte die DNVP stets einen Stimmenanteil von weit über 30%, am 4. Mai 1934 streifte sie knapp die 40%-Marke. 1928 wählten noch über 28% der Wählerinnen und Wähler deutschnational, während die NSDAP erstmals antrat und über 4% erhielt. 1930 stimmten bereits über 39% für die Nationalsozialisten, im Juli 1932 schließlich 51%. Vgl. Stokes, Kleinstadt und Nationalsozialismus, S. 24.

DNVP ab 1930 und profilierter konservativer Gegner der Nationalsozialisten (S. 207-226). Ob Evers, wie Stokes wertet, tatsächlich der „hartnäckigste Feind des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein“ war (S. 208), mag dahingestellt sein; die überraschende Erkenntnis, dass in Eutin entgegen den Entwicklungen im Reich der Widerstand gegen den aufstrebenden Nationalsozialismus am Stärksten von Seiten der Deutschnationalen erfolgte, bleibt unbestritten.

Der dritte Abschnitt, der sich mit der NSDAP und der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft beschäftigt, ist mit neun Aufsätzen der umfangreichste. Von überregionaler Interesse ist vor allem der Aufsatz *Der oldenburgische Landesteil Lübeck als „Hochburg der Hitler-Bewegung“ und „Probephöhne des Dritten Reiches“ 1930–1934* (S. 229-238). Das vorgezogene „Dritte Reich“ begann hier nach den für die NSDAP erfolgreich verlaufenen Landtagswahlen im Mai 1932 mit der Einsetzung des Eutiner Rechtsanwaltes Johann Böhmcker als Regierungspräsident des Fürstentums Lübecks bereits am 15. Juli 1932. Deutlich arbeitet Stokes heraus, dass hier bereits eine Politik praktiziert wurde, die in der Konsolidierungsphase des NS-Regimes nach dem 30. Januar in weitaus größerem Ausmaß charakteristisch wurde. Dies betraf insbesondere den massiven Ausbau des Freiwilligen Arbeitsdienstes, vor allem aber

die Unterdrückung der Opposition, die unter Rückgriff auf staatliche Organe – z.B. waren 50 SA-Angehörige zu „Hilfspolizisten“ ernannt worden – mit Einschüchterung, Gewalt und Terror durchgesetzt wurde.

In weiteren Beiträgen analysiert Stokes die soziale Zusammensetzung der NSDAP vor 1933 (S. 239-266) und stellt in einer biografischen Studie mit Böhmcker und Dr. Wolfgang Saalfeld die wichtigsten Protagonisten der NS-Partei vor (S. 267-288). Als wichtigen Wegstein für den Aufstieg der NSDAP markiert er eine tätliche Auseinandersetzung Ende 1931, die für den SS-Angehörigen Karl Radke tödlich endete. In der Folgezeit gelang es nicht nur, Radke als „Märtyrer“ der „Bewegung“ darzustellen, sondern, wie erwähnt, die Sozialdemokraten als ernstzunehmenden politischen Faktor auszuschalten (S. 289-313).

In zwei weiteren Beiträgen zum „wildem“ Konzentrationslager in Eutin rekonstruiert Stokes in mühevoller Quellenarbeit dessen Geschichte und belegt, dass in der Lokalpresse in den Jahren 1933/1934 über Einrichtung, Inhaftierte, Arbeitsbedingungen berichtet wurde. Die Berichte dienten zwar der präventiven Einschüchterung, gleichzeitig belegen sie aber, dass grundlegende Fakten in der Bevölkerung bekannt waren (S. 353-368).

Schließlich folgen dem Beitrag über den Eutiner Dichterkreis, eine

der wichtigsten Autorengruppen in der NS-Zeit mit überregionaler Ausstrahlung (vgl. *ISHZ* 41/42, S. 50-81, bzw. *ISHZ* 43, S. 132ff.), die beiden letzten Aufsätze, die sich der Verfolgung der jüdischen (S. 399-410) und nichtjüdischen (S. 411-419) Opfer der nationalsozialistischen Politik widmen. U.a. weist Stokes darauf hin, dass in der ostholsteinischen Exklave allein in den Jahren 1934 bis 1937 mehrere Hundert Menschen zwangssterilisiert und damit Opfer der nationalsozialistischen Rassenpolitik wurden (S. 415).

Die Forschungen Stokes' beruhen neben der akribischen Auswertung schriftlicher Quellen auch auf der Befragung von Zeitzeuginnen und -zeugen. Hier greift er auf ein Wissen zurück, das heute nicht mehr zur Verfügung steht; viele seiner Gesprächspartner sind inzwischen verstorben. Trotz der Nähe zum Untersuchungsgegenstand wertet er dabei klar und vorsichtig zugleich und verliert zu keiner Zeit die gebotene Distanz des Wissenschaftlers. Dies ist um so mehr zu würdigen, als die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit noch heute vor Ort starke emotionale Befindlichkeiten berührt.<sup>4</sup>

Insbesondere bei den Beiträgen, die sich auf die Arbeiterbewegung beziehen, ist es Stokes so gelungen, verschiedene Aspekte wie zum Beispiel die biografische Studie zu dem SPD-Funktionär Adolf Buhrke im wahrsten Sinne des Wortes der Vergessenheit zu entreißen.

Mit seinem Buch hat Stokes in konzentrierter Form ein dichtes und lebendiges Bild von der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung der ostholsteinischen Kleinstadt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gezeichnet. Ohne den Blick für die großen politischen Entwicklungslinien zu verlieren, hat er dabei die lokalen Faktoren in den Mittelpunkt gestellt: Ereignisse ebenso wie das dichte soziale Gefüge und die vielfältigen personellen und organisatorischen Verflechtungen, die den frühem Aufstieg der Nationalsozialisten ermöglichten. Für die lokal- und regionalgeschichtliche Zeitgeschichtsschreibung hat er damit zweifellos Maßstäbe gesetzt. Ähnlich facetten- und detailreiche Untersuchungen zu anderen Orten bzw. Regionen Norddeutschlands sind anhaltend ein Desiderat. Dem Charakter einer Aufsatzsammlung sind allerdings etliche Wiederholungen geschuldet.

4. Vgl. z.B. die Auseinandersetzungen in Folge eines Vortrages des Rezensenten über Altbischof Wilhelm Kieckbusch im Januar 2003. Auszugsweise dokumentiert in: Hansjörg Buss, „Debatte über Eutin, Kieckbusch und die Juden“ – Stadtgespräch Lokales Fenster, dargestellt anhand einer Leserbriefdiskussion, in: Hansjörg Buss/Annette Göhres/Stephan Linck/Joachim Liß-Walther (Hg.), „Eine Chronik gemischter Gefühle“. Bilanz der Wanderausstellung Kirche, Christen, Juden in Nordelbien 1933–1945, Bremen 2005, S. 257-268. Der Vortrag „Die Ära Kieckbusch“ (1930–1976) – Die Landeskirche Eutin und die Deutschen Christen“ ist abgedruckt in: *ISHZ* 44 (2004), S. 4-29.

Im Vorwort hat Stokes betont, dass mit dem vorliegenden Band seine Beschäftigung mit der Eutiner Zeitgeschichte zum Abschluss gekommen ist; gleichzeitig drückt er die Hoffnung aus, dass sich künftig weiterhin Historiker/innen mit der Thematik beschäftigen (S. 7). Als Beispiele für noch nicht bearbeitete Felder nennt er die Themen

„Fremdarbeiter“, das Kriegsende bzw. das „fotografische Vermächtnis“ der Stadt (S. 11). Hier wäre allerdings zu wünschen, dass weiterführende Forschungsarbeiten den Untersuchungszeitraum erheblich ausdehnen und auch die Nachkriegszeit mit einbeziehen.

Hansjörg Buss

## Ertrag zehnjähriger Studien

In ihrem Vorwort beschreibt die Verfasserin, dass bereits 1992 eine Ausstellung über jüdisches Leben in Lübeck ihr Interesse auf die Thematik lenkte und den Anstoß gab, mehr über die Situation der Überlebenden der Shoah in Lübeck und anderen Orten Schleswig-Holsteins in Erfahrung zu bringen und die bislang fehlende „umfassende Untersuchung jüdischen Lebens in den ersten Nachkriegsjahren“ (S. 14) für dieses Gebiet vorzulegen.

Dazu hat sich Sigrun Jochims-Bozic während ihrer über zehn Jahre dauernden Arbeit an diesem Thema eine Fülle von Quellen vorgenommen und diese detailliert ausgewertet. Hervorzuheben sind da zunächst die umfangreichen Aktenbestände des Foreign Office im Public Record Office in London, die die Sicht der britischen Militärregierung auf die Vorgänge in Schleswig-Holstein als Teil der britischen Besatzungszone zeigen.

Ebenfalls in London befinden sich in der Wiener Library Unterlagen der jüdischen Hilfsorganisation Jewish Relief Unit, deren Mitarbeiter sich im untersuchten Zeitraum um jüdische Überlebende kümmerten. Nach der Leiterin Lady Rose Henriques ist der wichtigste Aktenbestand benannt, die Lady Rose Henriques Collection.

Weiterhin sichtete die Verfasserin Papiere verschiedener Archive in Schleswig-Holstein; sie weist selbst besonders darauf hin, dass durch die Auswertung von Unterlagen aus dem Archiv der Hansestadt Lübeck „die Haltung der deutschen Verwaltung gegenüber den jüdischen Überlebenden in Schleswig-Holstein exemplarisch Gestalt gewann“ (S. 15).

Außerdem einbezogen wurden die umfangreichen Korrespondenzen von Norbert Wollheim und Josef Rosensaft, zwei führenden jüdischen Persönlichkeiten aus je-

nen Jahren, die sich in verschiedenen Archiven befinden. Mit einigen Überlebenden konnte die Verfasserin selbst Interviews durchführen, andere Biografien erschlossen sich durch schriftliche Berichte aus Yad Vashem, Interviews der Hebrew University in Jerusalem oder aus veröffentlichten Erinnerungen. Schließlich wurde noch eine Vielzahl von Zeitungen einbezogen, selbst die in jiddischer Sprache und hebräischer Schrift erschienene Zeitung *Undzer Schtime*, später *Wochenblatt*.

In dieser umfassenden Untersuchung nicht nur deutschsprachiger Quellen liegt das große Verdienst der Publikation. Die 270 Seiten umfassende Darstellung gliedert sich nach den hinführenden Abschnitten zu Forschungsinteresse und -stand, Quellenlage und Aufbau in drei große Kapitel: die Situation der Juden in der gesamten britischen Zone, die Situation in Schleswig-Holstein und eine Darstellung besonderer Konflikte.

Auf rund 30 Seiten umreißt die Verfasserin zunächst im ersten Hauptteil die Lage jüdischer Menschen in der gesamten britischen Besatzungszone und damit ein äußerst komplexes Problemfeld. Während in der amerikanischen Zone im Sommer 1945 nach dem so genannten Harrison-Bericht jüdischen Menschen insgesamt ein besonderer Opferstatus zugestanden und für sie separate DP-Lager eingerichtet wurden, beharrten die



Sigrun Jochims-Bozic, „Lübeck ist nur eine kurze Station auf dem jüdischen Wanderweg“. Jüdisches Leben in Schleswig-Holstein 1945-1950. Berlin: Metropol Verlag 2004. 271 S. (= Dokumente, Texte, Materialien, hg. vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, 51).

Britten darauf, jüdische Menschen nicht generell als Juden zu definieren und ihnen in gleichem Maße zu helfen, sondern sie nach Nationalitäten und Staatsangehörigkeiten zu sortieren und entsprechend unterschiedlich zu behandeln. Damit galten Juden mit deutscher oder ehemals deutscher Staatsangehörigkeit als Deutsche, unterstanden den deutschen Behörden und erfuhren keinerlei bevorzugte Behandlung, wenn sie nach ihrer Befreiung die Lager verlassen hatten.

Auch die jüdischen Displaced Persons wurden Nationalitäten zugeordnet und entsprechend in verschiedenen Lagern untergebracht, zusammen mit anderen ehemaligen Zwangsarbeitern und -arbeiterinnen, nicht selten mit Personen, die zu ihren vorherigen Peinigern gezählt werden mussten. Eine dritte Gruppe waren jüdische Flüchtlinge, die ab Ende 1945 aus Osteuropa nach Deutschland kamen. Sie wurden als „infiltrates“ bezeichnet. Ihrem Interesse und dem vieler anderer Juden, einen Weg nach Palästina zu finden, stand der Grundsatz britischer Politik entgegen, eine massenhafte Einwanderung in das damalige britische Mandatsgebiet zu verhindern.

In der gesamten britischen Zone war nur eine einzige Person, der britische „Advisor on Jewish Affairs“ ab März 1946 bis 1948 als Instanz für alle jüdischen Belange zuständig.

Verschiedene jüdische Hilfsorganisationen bemühten sich mit großer Intensität, die Situation zu verbessern und Auswanderungshilfe zu leisten. Die schwierige Lage machte eigene Interessenvertretungen der betroffenen Menschen selbst dringend erforderlich. Hier spielten insbesondere Norbert Wollheim und Josef Rosensaft eine große Rolle.

Die Darstellung dieser Sachverhalte im ersten Hauptteil stellt die interessierte Leserin auf eine härtere Probe, sie muss sich durch man-

chen Bandwurmsatz kämpfen und zusätzlich eine Fülle umfangreicher Fußnoten berücksichtigen, deren Verständnis durch ein komplexes System von Abkürzungen erschwert wird, die es mit Hilfe eines Verzeichnisses am Ende des Buches jeweils zu entschlüsseln gilt.

Der zweite Hauptteil *Die Juden in Schleswig-Holstein 1945–1950* ist dagegen stilistisch weitaus klarer und besser lesbar. In ihrer Untersuchung geht Sigrun Jochims-Bozic nicht nacheinander auf die einzelnen Orte in der Region mit ihren jeweiligen Verhältnissen ein, sondern folgt einer inhaltlichen Systematik mit folgenden Aspekten: Herkunft und Anzahl, Alter und Geschlecht, Unterbringung, Gesundheitszustand, Ernährung, Hilfsorganisationen, Organisation jüdischer Gemeinschaft, Auswanderung, Antisemitismus. Als so genannter Exkurs fügt sie in ihre Analyse vier Lebensgeschichten ein. Mit Norbert Wollheim und Heinz Salomon wählte sie zwei wichtige Persönlichkeiten unter den jüdischen Überlebenden deutscher Herkunft. Norbert Wollheim (Jahrgang 1913) aus Berlin überlebte Auschwitz, von 1945 bis zu seiner Auswanderung in die USA 1951 lebte er in Lübeck und engagierte sich sowohl beim Wiederaufbau einer jüdischen Gemeinde dort als auch in überregionalen Interessenvertretungen. Heinz Salomon (Jahrgang 1900) überlebte in Kiel in „privilegierter Mischehe“. Er setzte

sich dort vor allem für die Wohlfahrtspflege ein. Zu den Biografien der beiden Deutschen kommen die zweier DPs: Batia Berkowitz (Jahrgang 1929) stammt aus Wilna, Dr. Gilel Melamed (Jahrgang 1918) aus Lettland. Beide waren ab 1945 vorübergehend im DP-Lager Neustadt untergebracht. Batia Berkowitz kam dann in das Kinderheim in Blankenese, wo auch Melamed neben seinem Studium in Hamburg als Lehrer tätig war.

Im dritten Hauptteil schließlich werden verschiedene Konfliktsituationen ausführlicher beleuchtet. Die Verfasserin unterscheidet hier zwischen Konflikten, die durch die britische Palästinapolitik entstanden (u.a. die Vorgänge um die Exodus 1947), solchen, die auf die britische DP-Politik zurückzuführen seien, und Konflikten mit der deutschen Verwaltung.

Exemplarisch für den dritten Bereich stellt Sigrun Jochims-Bozic die Auseinandersetzung um die Möblierung eines Hauses in Lübeck umfassend dar: Das Wohnhaus Wakenitzstraße 34 b gehörte dem Bankier Henry Ruben, der Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde gewesen war. Nach seiner Zwangsumsiedlung und späteren Deportation wurde das Haus vermietet, das Inventar versteigert. Im November 1945 wurde das leere Haus Norbert Wollheim und anderen Überlebenden zur Verfügung gestellt. Die Stadt sorgte für eine Möblierung, teils durch Neuanschaffungen, die

Wollheim später bezahlte, teils durch Beschlagnahmen aus Privatbesitz. Dies führte 1948 zu einer langwierigen juristischen Auseinandersetzung, die lediglich zu einem Ende kam, da Norbert Wollheim 1951 mit seiner Familie in die USA emigrierte. Insbesondere der Streit um den Ausziehtisch (und anderes Mobiliar), dessen einstigen und jetzigen Besitz, seinen Wert und die Wertminderung durch Abnutzung ist bemerkenswert, wurde doch die Rückgabe hartnäckig von dem Ehepaar gefordert, das Nutznießer des zwangsweisen Umzugs und der Deportation der vorherigen Besitzer war und bis November 1945 in der Villa Wakenitzstraße gewohnt hatte.

Die Parteinahme des Lübecker Ordnungsamtes gegen Norbert Wollheim führt zu folgender Bewertung der Verfasserin: „Wie sehr der Beamte des Ordnungsamtes gegen Norbert Wollheim eingenommen war, ihm die Lösung des Problems zuschob und die eigene Behörde von jeglicher Verantwortung zu entledigen suchte, zeigt auch die Tatsache, dass das Schreiben mit der Zeile ‚Betr.: Angelegenheit Norbert Wollheim‘ überschrieben war – auch der oberste extra abgeheftete Teil der betreffenden Akte trug dementsprechend die Bezeichnung ‚Angelegenheit Wollheim‘. Üblicherweise werden nur Personalakten mit Personennamen bezeichnet.“ (S. 243). Ob diese Bewertung nun den Kern der Proble-

matik trifft, sei dahin gestellt. Es ist jedoch eine von wenigen Aussagen im Buch, mit denen die Verfasserin selbst Stellung bezieht. Selbst das abschließende letzte Kapitel bringt mit einer Zusammenfassung kaum Beurteilungen der beschriebenen Situation.

Dabei wäre an mancher Stelle eine Einschätzung der dargestellten Sachverhalte wichtig: Nur ein Beispiel sind die Resolutionen der Rabbiner aus dem Jahre 1947, die forderten, Juden, die mit nicht-jüdischen Frauen verheiratet waren, von der Mitarbeit im Gemeindevorstand oder sogar aus der Gemeinde auszuschließen (S. 136). Sie hätten in Lübeck zur Folge gehabt, dass mehrere aus Lübeck stammende Überlebende der Deportation nach Riga aus der jüdischen Gemeinde ausgeschlossen worden wären. Diese Brisanz wird in der Darstellung von Sigrun Jochims-Bozic nicht ersichtlich.

Geradezu vehement fallen dagegen Stellungnahmen in den Fußnoten aus, wenn fehlerhafte Darstellungen anderer Historiker und Historikerinnen bemängelt werden, oftmals Kleinigkeiten. Dabei geht die Verfasserin selbst mit Details an etlichen Stellen eher nachlässig um. So sind die Angaben zu einem DP-Lager in Lübeck nicht eindeutig: Heißt es auf Seite 101, dieses Lager Walderseestraße bestünde aus „normalen Wohnungen in Häuserblocks“, erhält auf Seite 102 das Lager die Anschrift Walderseestra-

ße 37, so ist auf Seite 121 schließlich vom DP-Lager in der Walderseeekaserne die Rede. Auch die Angaben in einer Ortsaufstellung am Ende des Buches wurden offenkundig nicht im einzelnen überprüft. In der alphabetischen Liste findet sich zwischen Ahrensbök und Bosau „Am Stau“ (S. 250) ohne einen Hinweis, dass es sich hierbei um ein Lager in Lübeck handelte. Ebenso Pöppendorf (S. 256). Bei „Kalkberg“ (S. 253) dürfte es sich um ein Lager in Bad Segeberg gehandelt haben. Das Städtchen Soldin lag nicht in Mecklenburg, wie auf Seite 97 angegeben, sondern in der Neumark. Die Begriffe Agunim und Agunot auf Seite 135 werden nicht erklärt, lassen sich allenfalls aus dem Zusammenhang deuten. Der Begriff She'erit Hapleitam (ebenefalls S. 135) wurde auf Seite 35 erklärt. Gut, wenn sich der Leser die Wortbedeutung gemerkt hat, eine Möglichkeit, Begriffe nachzuschlagen, fehlt. Schön auch, wenn der Leserin geläufig ist, um welche Äußerungen von Martin Niemöller es auf Seite 170 geht. Von den zwölf Abbildungen des Buches sind nur fünf im Quellennachweis verzeichnet, bei zwei Fotos gibt es auch in der Bildunterschrift keinen Hinweis auf ihre Herkunft.

Dies alles sind und bleiben aber Kleinigkeiten angesichts der Fülle von Informationen.

Die Gründe, warum nach der Lektüre des Buches – auch nach der mehrfachen Lektüre – eine gewisse

Unzufriedenheit bleibt, sind andere. So hat die vorgenommene Gliederung für die Nutzerinnen und Nutzer des Buches auch nachteilige Folgen. Da zum einen Orte, Personen, Ereignisse in mehreren Abschnitten erwähnt werden müssen, entsteht bisweilen der Eindruck, ein bestimmter Sachverhalt sei schon zuvor beschrieben worden. Die Ereignisse um die „Exodus 1947“ beispielsweise werden im ersten Hauptteil kurz erwähnt, kommen im zweiten Teil vor, und schließlich ist ihnen im dritten Teil ein eigenes Kapitel gewidmet. Ebenso wird die Rolle der Hilfsorganisationen im ersten Hauptteil bereits angerissen und später vertieft dargestellt.

Zum anderen führt die Vorgehensweise im zweiten Hauptteil dazu, dass Zusammenhänge über die Vorgänge an einem Ort verloren gehen. So finden sich die wenigen Informationen über eine spezielle Gruppe von Flüchtlingen, die in Wittdün auf Amrum untergebracht waren, im Buch verteilt auf acht sehr kurze Textstellen und 17 Fußnoten. Ein Orts- und Namensregister zum schnellen Nachschlagen steht aber nicht zur Verfügung, ein gravierender Mangel für die Benutzung des Buches. Der Anspruch, die „bislang fehlende umfassende Untersuchung jüdischen Lebens in den ersten Nachkriegsjahren“ für Schleswig-Holstein vorzulegen, hätte außerdem verlangt, entweder genauer über die Flüchtlinge auf Amrum zu recherchieren oder eine

Aussage zu treffen, wo Grenzen dieser Arbeit zu ziehen waren.

An anderer Stelle zieht Sigrun Jochims-Bozic eine solche Grenze. In Fußnote 5 auf Seite 19 heißt es: „Die dort ebenfalls genannten 12.000 evangelisch oder katholisch getauften Juden können in die vorliegende Arbeit nicht miteinbezogen werden. Sie bilden wiederum eine besondere Gruppe, denn vermutlich verstanden sich diese Menschen nicht als Juden. Genauere Erkenntnisse könnte nur eine eigene Untersuchung der Situation dieser Menschen liefern. Die Zahl derjenigen, die von den nationalsozialistischen Rassegesetzen betroffen waren, lag noch höher. Dazu gehörten so genannte Mischlinge und die nichtjüdischen Ehepartner in der so genannten Mischehe ...“ Sollte der letzte Satz auf die Gruppe in Wittdün auf Amrum Bezug nehmen, dann hätte sie folgerichtig gar nicht erwähnt werden sollen. Die Einbeziehung der getauften Juden hätte sicherlich viele weitere Recherchen nach sich gezogen, die vielleicht im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht zu leisten waren; mit dem möglichen Selbstverständnis dieser Menschen zu argumentieren, ist allerdings äußerst fragwürdig.

Die Herkunft des signifikanten Zitats „Lübeck ist nur eine kurze Station auf dem jüdischen Wanderweg“ wird im Buch nicht angegeben; anders im gleichnamigen Beitrag der Verfasserin in den *Infor-*

mationen zur *Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte* 33/34 aus dem Jahr 1998, wo Fußnote 1 besagt: „Das Zitat, das als Titel des Aufsatzes gewählt wurde, entstammt der Zeitung *Undzer Schtime*, 12.7.1946.“ Der Titel mit diesem Zitat und dem Untertitel „Jüdisches Leben in Schleswig-Holstein 1945–1950“ weckt hohe Erwartungen, eingehend über die jüdischen Menschen und ihr Schicksal informiert

zu werden. Diese Erwartungen erfüllt das Buch nur bedingt, da es sich an der Aktenlage orientiert und diese Ebene nur im genannten Exkurs – den eingeschobenen vier Biografien – verlässt. Selten gelingt es der Verfasserin sonst, sich von den Aussagen der Akten zu lösen, Einschätzungen vorzunehmen und vor allem Schilderungen der betroffenen Menschen einzuarbeiten.

**Heidemarie Kugler-Weimann**

## Vom NS-Opfer zum unermüdlichen Aufklärer

Zeitgeschichtliche Biografien über Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts gibt es viele. Meistens handelt es sich dabei um Menschen, über die zu schreiben fachhistorisches Renommee verspricht. Menschen, die die Geschichte maßgebend beeinflusst, „große Politik“ gemacht oder große Verbrechen begangen haben. Angehörige von Adelshäusern, Wirtschaftsdynastien, Künstler, Wissenschaftler und Staatsmänner; Persönlichkeiten also, die herausragend waren oder sind und üblicherweise mit Attributen wie erfolgreich, berühmt oder auch hoch geachtet beschrieben werden.

Die Biografie Fritz Niemands von Horst Illiger zeichnet hingegen einen Lebensweg nach, der oft genug nicht von solchen Attributen gekennzeichnet war, denn Fritz Niemand ist ein Opfer, zugleich auch Zeitzeuge, der nationalsozialistischen Rassenideologie und einer

dienstbaren und damit pervertierten Medizin, die den Kranken nicht hilft, sondern sie selektiert, quält und vernichtet. Somit ist diese Biografie notwendigerweise parteiisch, von großer Empathie und der spürbaren langjährigen Freundschaft des Biografen zu Fritz Niemand getragen.

Neben der kenntnisreichen Schilderung des Lebens Fritz Niemands bietet Illiger ein anhand einschlägiger Forschungsliteratur sehr gut recherchiertes zeitgeschichtliches Lesebuch, in dem sich die Darstellung der einzelnen Lebensabschnitte Fritz Niemands mit dazu thematisch passenden historischen Exkursen abwechselt. So wird etwa die Beschreibung der Kindheit und Schulzeit von Fritz Niemand durch den Exkurs „Das Züchtigungsrecht in der Schule“ ergänzt.

Fritz Niemand, am 16. Dezember 1915 in Kiel geboren, verbrach-

te seine Kindheit und Jugend im Kreis Rendsburg-Eckernförde und wuchs ohne Vater auf. Dieser war im April 1918 als Marineoffizier auf einem U-Boot ums Leben gekommen. Eine tiefe Beziehung verband den Jungen mit seiner Großmutter väterlicherseits, die ihrem Enkel den für seinen weiteren Lebensweg so bedeutsamen christlichen Glauben nahe brachte.

Den ersten Kontakt mit der Psychiatrie hatte Fritz Niemand während seiner Dienstzeit in der Reichsmarine. Wenngleich er Anfang 1934 sämtliche Tauglichkeitsprüfungen problemlos bestanden hatte, traten bereits kurze Zeit später wiederkehrende Erschöpfungszustände auf, derenwegen Fritz Niemand in der „Nervenabteilung“ des Kieler Marinelazarets auf seinen „Geisteszustand“ untersucht wurde. Das Ergebnis war die Entlassung aus dem Militärdienst als dienstuntauglich im Februar 1935. Fritz Niemand beschreibt sich retrospektiv angesichts dieses Misserfolges als „verzweifelt und schwermütig“ und war fortan als „psychisch krank“ stigmatisiert.

Sein Leidensweg als extrospektiv dazu „gemachter“ Psychiatriepatient, der ihn um Haaresbreite in den Tod geführt hätte, begann kurze Zeit nach der Entlassung aus dem Militärdienst und der Rückkehr ins Elternhaus in Rendsburg. Eine NS-Gesundheitsfürsorgerin, die – um Fritz Niemand zu begutachten und schließlich zu denun-



Horst Illiger: „Sprich nicht drüber!“  
Der Lebensweg von Fritz Niemand.  
Neumünster: Paranus-Verlag 2004.  
212 S., zahlr. Fotos und Dokumente

zieren – als Untermieterin bei der Familie eingezogen war, erwirkte die Einweisung Niemands in die Psychiatrische Provinzialheil- und Pflegeanstalt Schleswig-Stadtfeld am 8. September 1935.

Liest man die zutiefst erschütternden Schilderungen von Fritz Niemand über seinen dortigen Aufenthalt, erscheint die Bezeichnung „Heil- und Pflegeanstalt“ als euphemistischer Hohn: „Schleswig, das war Terror und Tyrannis!“, eine Hölle, die Niemand viereinhalb Jahre grundlos ertragen musste. Ohne tatsächlich psychisch krank zu sein, musste er mehrfach wöchentlich sog. Elektroschock„behandlungen“ über sich ergehen lassen und wurde am 17. Juni 1936

unter der Diagnose „Schizophrenie“ zwangssterilisiert. Als Symptome der angeblichen Psychose wurden im fachärztlichen Gutachten „Neigung zum Weglaufen, Antriebs- und Interesselosigkeit und Verlust der sittlichen Empfindungen“ beschrieben – angesichts der Konfrontation mit der „Hölle“ sind dies durchaus sinnvolle und vor allem verständliche Reaktionen. So ist etwa aus der psychiatrischen Exploration überlebender KZ-Opfer hinlänglich bekannt, dass manche von ihnen unter den extrem grausamen Bedingungen der KZ-Haft schizoide Persönlichkeitsstrukturen entwickelten, um sich gegen den Terror emotional „abzuschotten“, sich also letztlich zu schützen.

Die Schilderungen Niemanns über seine Erlebnisse in Schleswig-Stadtfeld gehören zu den relativ wenigen Darstellungen in der Literatur aus der Sicht direkt Betroffener und sind damit wertvoller Bestand der oral history. Darstellungen des Alltags in der NS-Psychiatrie finden sich entweder als Zeugenaussagen in den Gerichtsakten der Nachkriegs-„Euthanasie“-Prozesse oder sind von Historikern über die Institutionen und über deren Patienten geschrieben. Informationen aus zweiter Hand also; zwar sehr oft mit Empathie für die Opfer, aber doch aus der Position distanzierter Sachlichkeit publiziert.

Den Erinnerungen Fritz Niemanns an die institutionalisierte

Menschenverachtung der Psychiatrie des „Dritten Reichs“ schließt sich der informative Exkurs über das nationalsozialistische „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, über Aspekte der Zwangssterilisierungen in Schleswig-Holstein und die lokalgeschichtlichen Geschehnisse in der Erwachsenenpsychiatrie in Schleswig-Stadtfeld an und bestätigt aus zeitgeschichtlicher Perspektive das von Fritz Niemand erlebte Grauen. Die den Exkurs einleitende Bemerkung Horst Illigers, es gäbe „nur wenige“ regionale Studien zur NS-Zwangssterilisation, bedarf einer Korrektur. Erfreulicherweise liegen auch im Zusammenhang mit den inzwischen relativ zahlreichen und noch stetig zunehmenden Untersuchungen einzelner Psychiatrischer Anstalten und Gesundheitsamtsbezirke recht viele Forschungsergebnisse über die nationalsozialistischen Zwangssterilisationen und ihrer Opfer vor. Allerdings ist die Vielzahl derartiger Publikationen allein kein Garant für methodische und historiografische Qualität, und zudem gibt es immer noch Regionen und einzelne Anstalten, die bisher nicht untersucht sind. Insbesondere bleibt die systematische Auswertung der Prozessakten ehemaliger Erbgesundheitsgerichte und -obergerichte ein Desiderat.

Die Zeit nach der Entlassung aus Schleswig-Stadtfeld war für Fritz Niemand mehr eine äußere denn eine innere Befreiung. In Fol-

ge der psychiatrischen Inhaftierung litt er unter depressiven Verstimmungen, massiven Schlafstörungen und Konzentrationsmangel – Schleswig hatte ihn tiefgreifend traumatisiert und verängstigt. Ausdrück seiner posttraumatischen Belastungsstörung waren wiederholtes berufliches Scheitern in unterschiedlichen Tätigkeiten und ein fortan problematisches Verhältnis zur Mutter. Der zunehmende seelische Leidensdruck führte zu einem erneuten stationären Aufenthalt für zehn Wochen im Sommer 1943, nun jedoch in der Psychiatrischen Universitätsklinik in Kiel. Hier war Fritz Niemand Patient und kein Folteropfer, und so wurde die medizinisch korrekte Diagnose einer Depression gestellt, während die Willkürdiagnose „Schizophrenie“ negiert wurde.

Fritz Niemand war nach der Entlassung aus Schleswig tatsächlich und ernsthaft psychisch erkrankt. Durch die Ideologie der „Ausmerzungen aller Schwachen“ und deren institutioneller Verwirklichung – gepaart mit eilfertiger, untertäniger Gehorsam der medizinischen Täter – wurde ein Psychiatriepatient „gemacht“; ein Mensch wurde vieler seiner Lebensmöglichkeiten beraubt und verlor mit der zwangsweisen Unfruchtbarmachung nicht nur die seelische Gesundheit.

Nach einem Umzug von Rendsburg nach Hamburg führte die nunmehr manifeste Depression Nie-

mand ein drittes Mal in die Psychiatrie; er wurde im November 1943 in die Psychiatrische Universitätsklinik Hamburg-Eppendorf eingewiesen. Die in der Universitäts-Psychiatrie in Kiel erfahrene angemessene Diagnostik und menschenwürdige Behandlung blieb ihm hier verwehrt, und bereits am 8. Dezember wurde er in die Zwischenanstalt Hamburg-Langenhorn verlegt. Von dort wurde er am 1. Februar 1944 zusammen mit 49 Männern in die Tötungsanstalt Meseritz-Obrawalde deportiert. Den Langenhorner Patienten war bekannt und bewusst, dass von dort zahlreiche Transporte in den Tod führten. So war für Fritz Niemand schon die Verlegung nach Langenhorn die „Freigabe zur Vernichtung“.

Glücklicherweise konnte Fritz Niemand dem allgegenwärtigen Tod in Form alltäglichen Mordens in Obrawalde entkommen. Mit Dankbarkeit berichtet er über die Menschen, die ihm beim Überleben geholfen haben: eine Diakonisse und ein Arzt, der sich der Beteiligung an der NS-„Euthanasie“ verweigerte. Präzise schildern Niemand und Illiger im folgenden gemeinsam die dramatischen Umstände, unter denen Fritz Niemand und den übrigen wenigen Überlebenden die Flucht aus Meseritz-Obrawalde in den letzten Kriegstagen gelang. Dabei ist einmal mehr das umfassende und differenzierte Erinnerungsvermögen Fritz Niemanns bemerkenswert.



Es folgt ein Exkurs über die nationalsozialistischen „Euthanasie“-Maßnahmen und die Mordanstalt in Obrawalde bei Meseritz im heutigen Polen. Unter der Leitung von Walter Ferdinand Grabowski – „kein Arzt, sondern ein Tiermensch, wie er von den Kranken und übrigen Personal genannt wurde“ – wandelte sich die ehemalige Landesheilanstalt seit dem Herbst 1941 rasch in eines der „effektivsten“ psychiatrischen Todeslager; täglich wurden hier 30 bis 50, insgesamt bis Kriegsende ca. 18.000 Menschen durch letale Medikamentendosierungen ermordet. Viele von ihnen waren, wie Fritz Niemand, nicht genuin psychisch krank, sondern galten als „rassisch minderwertig“ oder sozial deviant.

Der zweite Teil des Buches widmet sich dem Leben Fritz Niemands nach der Befreiung vom Nationalsozialismus. Als Verfolgter des NS-Regimes war nun auch er „in Freiheit und doch Gefangener seines Schicksals“. Nach seiner Rückkehr vom Ort unermesslichen Leidens fand er über viele Jahre weder Gesprächspartner noch Verständnis für eben dieses Leid. Die Jahre der Angst und Qualen wurden in der Familie Niemand vollkommen tabuisiert: „Sprich nicht drüber!“ Die Mutter hatte seinerzeit die ihren Sohn denunzierende Gesundheitsfürsorgerin als Untermieterin aufgenommen und überdies der Zwangssterilisation 1936 zugestimmt. Sie hatte sich – sicher-

lich unfreiwillig – am Schicksal ihres Sohnes mitschuldig gemacht. Schuldgefühle und die Scham darüber mögen Grund genug gewesen sein, das Erlebte totzuschweigen. Fritz Niemand begegnete auch dem Phänomen der Renazifizierung in Schleswig-Holstein.

Unter der Last des familiär verordneten Schweigens suchte er Anfang der 1950er Jahre den Pastor auf, der ihn konfirmiert hatte. Statt hier seelsorgerlichen Beistand, Verständnis und Entlastung zu finden, verabschiedete ihn der Geistliche mit den Worten: „So, nun gehen Sie man hin und denunzieren Sie.“ Die Täter wurden zu Opfern, das nach Verständnis und Hilfe suchende Opfer zum Denunzianten umgewertet. Dieses durchaus probate und noch Jahrzehnte der bundesrepublikanischen Geschichte überdauernde Verhalten zahlreicher Funktionsträger und Amtsinhaber des „Dritten Reichs“ hatte auch in diesem Falle den einen Grund, die Täter zu schützen und ihre Verbrechen entschuldigend zu verharmlosen. Die Gesundheitsfürsorgerin, die die Weichen des Leidensweges von Fritz Niemand gestellt hatte, war als Pastorentochter dem Kollegen ihres Vaters sehr gut bekannt. Zudem bekleidete sie – inzwischen selbst mit einem Pastor verheiratet – mittlerweile eine hohe und durch das von Fritz Niemand Berichtete unversehens bedrohte Position im Gustav-Adolf-Werk der Evangelischen Kirche, deren weitgehend

vollkommenes Versagen in den Jahren des Nationalsozialismus sich in diesen ihren Protagonisten noch lange danach zeigte.

Als „zweite Verfolgung“ erlebte Niemand auch seine vergeblichen Bemühungen um Anerkennung als Verfolgter des NS-Regimes und um Wiedergutmachungsleistungen im Nachkriegsdeutschland. Zwei solche Anträge – 1946 und 1955 bei Landesbehörden gestellt – wurden mit der Begründung abgelehnt, Fritz Niemand sei kein politisch Verfolgter, sondern allein aufgrund einer „Geisteskrankheit“ sterilisiert worden. Das Stigma der 1935 gestellten Falschdiagnose wirkte auch noch 20 Jahre später überzeugend auf die Bürokraten.

Derartige Ignoranz, ja Böswilligkeit gipfelte dann 1957 in der „rechtskräftigen“ Bestätigung des nationalsozialistischen Unrechtsurteils von 1936. Fritz Niemand hatte im März 1957 beim Amtsgericht Kiel einen Antrag auf Wiederaufnahme des Erbgesundheitsverfahrens von 1936 gestellt. Nicht nur, dass an der Tür zum Sitzungssaal ein Schild mit dem NS-Begriff „Erbgesundheitsgericht“ hing, ein Amtsgericht eines demokratischen Staates kopierte in Form und Inhalt die Verhandlung vor dem Gericht, das Bestandteil des nationalsozialistischen Verfolgungssystems war, und lehnte den Antrag auf Aufhebung des Sterilisationsurteils mit gleicher willkürlicher und unsinniger Begründung ab!

Die Gründe für solche Kontinuität faschistischen Denkens stellt Illiger in dem Exkurs über die politischen Nachkriegsstrukturen in Schleswig-Holstein dar, in denen „ehemalige, überzeugte, zum Teil führende Nationalsozialisten im Rahmen von Politik, Verwaltung, Justiz, Medizin und Polizei [wieder] tätig werden konnten.“

Im Weiteren werden die Bemühungen Fritz Niemands um Entschädigungsleistungen in den 1980er Jahren ausführlich dargestellt, die ebenso frustrierend waren wie die um Wiedergutmachung. So wurde im März 1982 vom Landgericht Kiel „Ihr Antrag als Verfolgter nach § 1 des Bundesentschädigungsgesetzes“ abgelehnt, weil demnach nur Menschen, die aus „politischen, rassistischen oder weltanschaulichen Gründen und nicht wegen einer Erkrankung“ verfolgt worden sind, entschädigungsberechtigt seien. Die Tatsache, dass Fritz Niemand aus rassistischen Gründen Verfolgter war, wird zu Gunsten der Staatskasse übersehen, und auch für das Landgericht galt unhinterfragt die auf Grundlage eben dieser rassistischen Ideologie gestellte Diagnose der Schizophrenie. Erst vier Jahre danach wurde das Sterilisierungsurteil von 1936 vom Amtsgericht Kiel als rechts- und grundgesetzwidrig angesehen und mit Beschluss vom 10. Februar 1986 aufgehoben.

Nach dem Tod der Mutter 1981 „begann für Fritz Niemand ein neu-

er Lebensabschnitt“. Das von ihr auferlegte Tabu des Schweigens hatte keinen Bestand mehr. Fritz Niemand begann, öffentlich über sein Schicksal zu sprechen und sich aktiv für die Rehabilitation zwangssterilisierter und „euthanasie“-geschädigter Menschen einzusetzen. Er empfand dies als große Befreiung und Bereicherung seines Lebens, zumal er die Erfahrung machte, nunmehr nicht nur sprechen zu dürfen, sondern mit seinen Lebenserfahrungen auf großes öffentliches Interesse zu stoßen.

Über 20 Jahre hielt Fritz Niemand zahllose Vorträge in Schulen, Universitäten und auf nationalen und internationalen Tagungen und Fachkongressen, in denen er stets am Beispiel seines Schicksals für die Mechanismen, die zur systematischen Vernichtung „lebensunwerten“ Lebens führten, sensibilisiert hat. Da derartige Mechanismen etwa in Form der Bioethik bis heute virulent sind, haben sich Niemand und Illiger notwendigerweise auch gegen diese „neue Euthanasie“ publizistisch engagiert. Einige Rundfunk- und Fernsehbeiträge

wurden mit und über Fritz Niemand produziert. 1987 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern des „Bundes der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten“, der sich bis heute um die Anerkennung seiner Mitglieder als Verfolgte des nationalsozialistischen Terrorregimes einsetzt.

Das hier vorgestellte, überaus lesenswerte Buch stellt den Abschluss der unermüdlichen „Öffentlichkeitsarbeit“ Fritz Niemands dar. Zurecht bemerkt der Paranus-Verlag, dass es „Einzug an deutschen Schulen halten sollte.“ Erfreulicherweise ist das Buch bereits mit großem Erfolg im Rahmen eines Unterrichtsprojektes zum Thema Zwangssterilisation und „Euthanasie“ in Schleswig-Holstein in einem zwölften Jahrgang des Fachgymnasiums „Am Ravensberg“ in Kiel verwendet worden. Es ist – auch angesichts gegenwärtiger bioethischer Bedrohungen Kranker und Behinderter – zu wünschen, dass dieses curricular bisher kaum wahrgenommene Thema zukünftig sehr viel mehr Beachtung in unseren Schulen findet. **Eckhard Heesch**

## Kennnisreiche Zwischenbilanz

Wer sich bisher für die Geschichte Hamburgs in der Zeit von 1933 bis 1945 interessierte, musste dafür auf eine Reihe von Einzelveröffentlichungen zurückgreifen, da eine geschlossene Darstellung fehlte:

Weder das 1995 erschienene *Hamburg in der NS-Zeit* (Forum Zeitgeschichte Band 5) noch der drei Jahre später von der Landeszentrale für politische Bildung herausgegebene Sammelband *Hamburg im Dritten*

*Reich. Sieben Beiträge* oder auch das Buch *Kein abgeschlossenes Kapitel: Hamburg im „Dritten Reich“*<sup>1</sup> schlossen diese Lücke. Alle genannten Veröffentlichungen waren als Sammelbände angelegt, die tatsächlich dasselbe Manko aufwiesen: Keine konnte für sich eine inhaltliche Bandbreite in Anspruch nehmen, die dem Thema gerecht geworden wäre. Das schmälert nicht ihren Wert für die Forschung, doch erst im Mai 2005 – quasi schon üblicherweise zu einem Gedenktag – erschien eine Publikation, die diese Lücke schließt: Die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg hat nun ein quellenreiches und am neuesten Forschungsstand orientiertes Standardwerk herausgegeben. Dessen Stärken und Schwächen sollen im Folgenden thematisiert werden.

Der Band soll laut Axel Schildt als eine „Bilanz zur Geschichte Hamburgs im ‚Dritten Reich‘ eine Basis für die weitere Forschung und öffentliche Diskussion zur Verfügung stellen“ (S. 23) und unterteilt sich in sieben Abschnitte: „Machtübernahme“, „Herrschaft und Verwaltung“, „Wirtschaft“, „Gesellschaft und Kultur“, „Sozial- und Gesundheitspolitik“, „Terror und Verfolgung“ sowie die „Auflösung der ‚Volksgemeinschaft‘“. Eine Auswahlbibliografie und ein Perso-



Hamburg im „Dritten Reich“. Hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte. Redaktion: Josef Schmid. Göttingen: Wallstein 2005. 792 S.

nenregister beschließen die Veröffentlichung, der eine Verschlagwortung und ein Orts- bzw. Stadtteilregister gut getan hätten.

Jeder der sieben Abschnitte umfasst einen bis vier Aufsätze, die zwischen knapp zwölf und über 50 Seiten unterschiedlich lang ausfallen. Zahlreiche Fotos und Dokumente sowie grau unterlegte Zusammenfassungen von Sachthemen und Biografien runden das Bild ab. Die Stärken des Buches liegen in der Einbeziehung des neuesten Forschungsstandes und im Rückgriff auf Aktenüberlieferungen, was sich

1. Frank Bajohr/Joachim Szodrzynski (Hg.), *Hamburg in der NS-Zeit. Ergebnisse neuerer Forschungen*. Hamburg 1995. – *Hamburg im Dritten Reich. Sieben Beiträge*. Hg. von der Landeszentrale für politische Bildung. Hamburg 1998. – Angelika Ebbinghaus/Karsten Linne (Hg.), *Kein abgeschlossenes Kapitel: Hamburg im „Dritten Reich“*. Hamburg 1997.

eindrucksvoll bei Frank Bajohrs Thema „Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft“ (S. 69-121) oder der Auswahl der Themen zeigt. Dass der Band auch auf der Überarbeitung bzw. dem wortgleichen Nachdruck von schon vorher veröffentlichten kleineren Studien und Einzeldarstellungen beruht – so bei fast allen vier Aufsätzen von Uwe Lohalm – tut der Qualität i.d.R. keinen Abbruch. Hilfreich für nicht versierte LeserInnen wäre eine einführende Gesamtdarstellung gewesen. Axel Schildts Einleitung kann dies ebenso wenig leisten wie der Beitrag von Ursula Büttner („Der Aufstieg der NSDAP“, S. 27-68). Zwar werden bei Schildt die Desiderate und die Entwicklung in der Forschung nachgezeichnet, doch bildet sich für den normalen Leser kein roter Faden ab, mit dessen Hilfe er die folgenden Aufsätze einordnen könnte (auch wenn es Ansätze dazu gibt: S. 13-20).

Grundsätzlich kenntnisreich und gut lesbar beschreibt Ursula Büttner den Aufstieg der NSDAP vor dem Hintergrund einer Stadt, die sowohl eine „Hochburg des organisierten Antisemitismus“ als auch der Arbeiterbewegung gewesen ist (S. 27). Zentrale Bedeutung kommt ihrer Meinung nach der Wirtschaftskrise (Stichwort: „Massenelend“, S. 28) zu, die sich zur Staatskrise auswuchs, in der die Notleidenden „vom Staat Hilfe und entschlossenes Handeln zur Über-

windung der Misere“ erwarteten (S. 30). Dieser Wunsch „blieb unerfüllt“, und in die Lücke stieß die NSDAP und „versprach die Überwindung des bestehenden Systems und das reichte“ (S. 31). Zwar gab es in der Partei noch bis Mai 1931 Macht- und Richtungskämpfe (S. 36f. und 43), doch gelang es ihr mit Hilfe der SA, die „Vorherrschaft der ‚Marxisten‘ in bestimmten Stadtvierteln“ aufzubrechen (S. 41). Büttner zufolge hatte sie ihre ersten Erfolge im Zuge der beginnenden Wirtschaftskrise sowohl bei den Erwerbslosen als auch unter ehemaligen Angestellten und Handwerker-söhnen (S. 40). Die Wahlerfolge der NSDAP beruhen ihrer Meinung nach auf der Unterstützung durch den alten und neuen Mittelstand und Wechselwählern der DNVP und DVP sowie Erstwählern.

Das ist an sich plausibel, doch liegt die zentrale Schwäche des Aufsatzes darin, dass Büttner sich nicht auf Erkenntnisse der modernen Wahlforschung beziehen kann. So gibt es trotz sehr guter wahlstatistischer Überlieferungen zu Hamburg bis heute keine qualitative Wahlforschungsstudie für diese Großstadt. Da gleichzeitig der überregionale Forschungsstand zu den Reichstagswahlen nicht einbezogen wird, gibt es bei Büttner eine Reihe von zweifelhaften Bewertungen und Aussagen, so bspw. diese: „Bei der Bürgerschaftswahl 1932 kam ein beachtlicher Wählerwechsel von der KPD zur NSDAP hinzu“ (S.

50). Hier spielt mehr die Behauptung einer Gleichheit der beiden extremen Flügelparteien eine Rolle, denn tatsächliche Erkenntnisse oder Belege dafür kann Büttner nicht anführen. Die Wahlforschung geht reichsweit hingegen grundsätzlich von einer hohen Haltequote innerhalb der KPD-Wählerschaft aus und von Wählerwanderungen zur SPD und den Nichtwählern.

Der Mangel an Reflexion zu diesem grundsätzlichen Problem bei der Bewertung des Aufstiegs der NSDAP in Hamburg zeigt auf, wie problematisch es ist, wenn alte Forschungsstände tradiert und weitergegeben werden. Eine grundsätzliche Schwäche des Aufsatzes bleibt, dass sich die Autorin ohne eine selbstkritische Reflexion in nicht wenigen ihrer Bewertungen auf eigene, länger zurückliegende Forschungsarbeiten und zu häufig auf ältere Literatur bezieht.

Die Schwächen des Aufsatzes von Rainer Hering liegen woanders: er befasst sich auf lediglich zehn bis zwölf Textseiten (plus Abbildungen sowie vier Biografien) mit der Geschichte der evangelisch-lutherischen Kirche bzw. der katholischen

im Hamburgischen Staat (die nach dem Groß-Hamburg-Gesetz in weiten Teilen Hamburgs präsent und kirchenpolitisch anders geprägte schleswig-holsteinische evang.-luth. Landeskirche bleibt damit wie die für Harburg zuständige Hannoverische Landeskirche unerwähnt.)

Angesichts des Gesamtumfangs des Buches kommt damit die Geschichte der wichtigsten christlichen Kirchen in der Stadt zu kurz, wobei die katholische Kirche mit einem Umfang von einer Seite plus einer weiteren für den wichtigsten Kirchenführer eindeutig zu knapp ausfiel. Hering ordnet die Ereignisse im Nationalsozialismus wenig bis gar nicht in die kirchlichen Geistesströmungen der Weimarer Republik ein und geht leider zu wenig auf neuere Literatur ein, auch und gerade dann, wenn er deren Bewertungen nicht teilt: So fehlen bspw. Bezüge zu den Forschungsergebnissen von Stephan Linck u.a. ebenso wie die (dürftige) und den evangelischen Landesbischof Tügel zu sehr entlastende Doktorarbeit von Manuel Ruoff oder ein Hinweis auf die Aufzeichnungen der Laiin Elisabeth Flügge.<sup>2</sup> Völlig unverständlich

2. Hansjörg Buss/Annette Göhres/Stephan Linck/Joachim Liß-Walther, „Eine Chronik gemischter Gefühle“. Bilanz der Wanderausstellung *Kirche, Christen, Juden in Nordelbien 1933–1945*. Bremen 2005. – Annette Göhres/Stephan Linck/Joachim Liß-Walther (Hg.), *Als Jesus arisch wurde. Kirche, Christen, Juden in Nordelbien 1933–1945. Die Ausstellung in Kiel*. Bremen 2003. – Manuel Ruoff, *Landesbischof Franz Tügel*. Hamburg: Krämer 2000. (= Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte; 22). – Bernhard Liesching, „Eine neue Zeit beginnt“. Einblick in die Propstei Altona 1933 bis 1945. Hamburg 2002. – Rita Bake (Hg.), *Wie wird es weitergehen... Zeitungsartikel und Notizen aus den Jahren 1933 und 1934, gesammelt und aufgeschrieben von Elisabeth Flügge*. Hamburg: Landeszentrale für politische Bildung 2001.

ist, warum Hering die Rolle der Kirchen bei der Judenverfolgung (Stichwort: Erstellung der Arier-nachweise durch Rückgriff auf die Kirchenbücher) nicht erwähnt, wo u.a. mit der Arbeit von Bernhard Liesching zur Propstei Altona entsprechende Informationen vorliegen. Bezeichnenderweise fehlt es auch an einem zentralen anderen Beleg: So zitiert Hering zwar Tügels Haltung zur Deportation der jüdischen Bevölkerung (S. 268), doch benennt er die Quelle dafür nicht. Auch vermisst man eine Erklärung zur Funktion der katholischen Auswandererkapelle, deren Existenz lediglich erwähnt wird, ohne inhaltlich auf sie einzugehen (S. 371). Angesichts solcher Schwächen ist zu konstatieren, dass dem Aufsatz von Hering ein eingehenderes Lektorat gut getan hätte.

Positiv zu bewerten ist der mit 12,5 Seiten am kürzesten ausgefallene Aufsatz von Karl Christian Führer, „Nationalsozialistische Wohnungsbaupolitik“. Darin wird herausgearbeitet, dass die Nationalsozialisten entgegen der eigenen Propaganda den Wohnungsbau vernachlässigten und stark zum Mangel an bezahlbaren Wohnraum beitrugen (S. 433). Der faktische Wegfall der staatlichen Wohnungsbauförderung, die Rüstungspolitik sowie Bauvorhaben des Regimes führten dazu, dass der private Wohnungsbau aufgrund der geringen Renditen zurückging und zudem um die sich verknappenden Ar-

beitskräfte konkurrieren musste (S. 434). Die Politik der Ehestandsdarlehen steigerte die Nachfrage nach größeren Wohnungen, und es entstand ein reiner Vermietermarkt, der den Mietpreis hochtrieb (S. 436) und zum Erhalt alter und schlechter Wohnungen beitrug (S. 437).

Auch der Versuch, durch den Abriss des durch kommunistische Milieus geprägten Gängeviertels sowie der Altonaer Altstadt ebendiese Milieus zu zerschlagen bzw. durch Ansiedlung von „erbgesunden“ Volksgenossen zu verändern, schlug in der Praxis fehl: Die von dort Vertriebenen siedelten sich einfach in der direkten Nähe wieder an, „Theorie und Realität [...] klafften hier entschieden auseinander“ (S. 438).

Ähnlich führte die Politik des Kleinsiedlungsbaus durch die mangelnde Bauweise statt zum Erfolg sogar zu einer neuen Form des Wohnungselends (S. 441). Da im Zweiten Weltkrieg die Baumaßnahmen von Bunkern weit hinter dem zurückblieben, was für die Bevölkerung notwendig war, und Hamburg nach den Luftangriffen vom Juli/August 1943 über eine Million Obdachlose aufwies, erwiesen sich die Nationalsozialisten im Wohnungsbau als „Meister der Ankündigung, die in der Praxis versagten“ (S. 443).

Der interessanteste Aufsatz stammt von Frank Bajohr und behandelt die „Herrschaft in der Zustimmungsdiktatur“. Der Autor beschreibt den Nationalsozialismus

am Beispiel Hamburgs als „eine Zustimmungsdiktatur, die sowohl auf diktatorischen Elementen als auch auf einer wachsenden gesellschaftlichen Konsensbereitschaft aufbaute“ (S. 121). Der Begriff verdeutlicht, dass der Nationalsozialismus „eine soziale Praxis, an der die deutsche Gesellschaft in vielfältiger Weise beteiligt war“, darstellte (ebd.). Dabei „kümmerte“ sich die Partei – versinnbildlicht durch den neu eingeführten Blockleiter – vor dem Hintergrund der „Prinzipien einer rassistisch definierten ‚Volksgemeinschaft‘“ um „scheinbar unpolitische Alltagsprobleme“ und war mit dieser Mischung aus „Propaganda, Betreuung und Kontrolle“ (S. 86f) relativ erfolgreich. Die (politischen) Ehrenämter beförderten den sozialen Aufstieg, führten zu Einfluss und Ansehen und befriedigten das Geltungsbedürfnis des einzelnen Parteigenossen (S. 92).

Flankiert durch den Sozialpopulismus des Gauleiters, der an die Stelle einer sinnvollen Sozialpolitik trat (S. 99), wurden so „Teil-Loyalitäten in der Bevölkerung“ geschürt und „die Beziehungen zwischen Bevölkerung und Regime auf eine tragfähige Basis“ gestellt (S. 106).

„Nichts war auf die Dauer erfolgreicher als der Erfolg, der jeden Zweifel erstickte und die Überlegenheit des nationalsozialistischen Deutschland zu belegen schien“, heißt es dazu an einer anderen Stelle (S. 110). Und genau dies ist die zentrale Erklärung für das Funktio-

nieren der Zustimmungsdiktatur: Sie basierte auf den subjektiv wahrgenommenen Erfolgen des Regimes für den Einzelnen, war also eine „Zustimmung zum Erfolg“-Diktatur, woraus sich ihr Abstieg nach den militärischen Niederlagen im Zweiten Weltkrieg erklärt.

Bajohrs Analyse basiert dabei auch auf einer von ihm neu erschlossenen Quelle: den Berichten aus dem britischen Generalkonsulat in Hamburg. Mit Hilfe dieser Außensichtweise kann der Autor eindrucksvoll belegen, wie groß der Grundkonsens zwischen Regime und Bevölkerung Hamburgs gewesen war (S. 102ff). Das Regime „war nicht auf die totalitäre Durchdringung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche angewiesen“, weil die „politisch-ideologische Zustimmung zum Nationalsozialismus, institutionellen Interessen und persönlichen Motiven, die gesellschaftliche Selbstkontrolle nach 1933 so effektiv machte“ (S. 113).

In eine ähnliche Richtung weist der quellen- und literaturreiche Aufsatz von Axel Schildt, in dem „die Verwobenheit von ‚großer‘ Politik und Alltag, eine tief greifende und enorm rasche Nazifizierung des gesamten Lebens“ aufgezeigt wird (S. 249): „Jenseits von Politik? Aspekte des Alltags“. Abgesehen von der dargestellten Bandbreite (Sport, die Eroberung der Wohnquartiere, Nazi-Kitsch, AB-Maßnahmen, WHW, Freizeit u.Ä.m.) lässt es Schildt nicht an Milieuaus-

differenzierungen fehlen und bezieht an mehreren Stellen die Rolle der Frau in seine Überlegungen mit ein (u.a. Ehestandsdarlehen, Erwerbstätigkeit, Frauen im Krieg). Grundsätzlich ist aber anzumerken, dass sich hierzu im gesamten Buch zu viele Lücken auftun: Die frauen- und mädchenspezifischen Aspekte finden übergeordnet keinen angemessenen Raum und werden in der Regel noch zu wenig einbezogen, was auch auf den Forschungsstand zurückzuführen ist (und die Frage aufwirft, warum sich niemand dieser Themen annimmt).

Die Qualität des Aufsatzes zeigt sich dort, wo er zur Entmythisierung beiträgt: So weist Schildt darauf hin, dass „nicht die Vorstellung einer NS-Konsum- und Freizeitgesellschaft aufkommen“ sollte, denn es befand sich auch in der Zeit von 1936–1939 „der größte Teil der Hamburger Bevölkerung immer noch in großer sozialer Not und Armut“ (S. 272). Arbeitslosigkeit, mangelnder bezahlbarer Wohnraum und eine unausgewogene Ernährung waren in Hamburg die Regel. Unabhängig von der großen Spannweite an Freizeit- und Kulturangeboten – wenn auch nach Milieuzugehörigkeit sehr unterschiedlich genutzt – kann deshalb laut Schildt nicht von einer „Konsumgesellschaft“ die Rede sein (S. 274ff.). Sein Fazit lautet: „Zwischen Krisenerholung und Kriegsausbruch hatte sich zumindest für die Mehrheit der Hamburger Bevölke-

rung das Alltagsleben, wenngleich unter den Vorzeichen der NS-Diktatur, „normalisiert“ (S. 284). Die bis ins vierte Kriegsjahr aufrecht erhaltene Illusion eines „normalen“ Alltags hielt damit auch die „Heimatfront“ intakt (S. 292ff.) und spiegelt einen wichtigen Integrationsaspekt des Nationalsozialismus wider, dessen Erforschung auch für Schleswig-Holstein Aufschlüsse über das Funktionieren der „Volksgemeinschaft“ versprache.

Der Aufsatz von Friederike Littmann, die eine über 1200 Seiten umfassende Dissertation zum Thema verfasst hat, ist mit 20 Seiten überraschend kurz ausgefallen. Die Autorin beschreibt darin die wirtschaftliche Ausgangslage, die drei Phasen der Arbeitskräfteentwicklung in der Hamburger Wirtschaft (zuerst: Arbeitskräfteelenkung, dann den nicht konsequent verfolgten Einsatz von Frauen und abschl. den Zwangsarbeitereinsatz) sowie die Lage der Zwangsarbeiter. Die zögerliche Haltung der Wirtschaft (S. 232), der gelungene Versuch, mithilfe der Zwangsarbeiter die Löhne für die Deutschen zu drücken (S. 233f.), die gescheiterte Propagandawende angesichts der militärischen Niederlagen (S. 234) – in Hamburg wurde 1943 ein internationaler „Fremdarbeiterkongress“ abgehalten, um Zwangsarbeiter als „Mithelfende“ für den „Endsieg“ umzuwerten – sowie der Versuch, durch eine größere Mitverantwortung der Wirtschaft bei der Arbeits-

kräfteverteilung die Kriegswende zu erreichen (Industrieblocks, S. 238ff), zeigen auf, „dass für die hamburgischen Unternehmen die Arbeit der Zwangsarbeiter in mehrfacher Hinsicht von herausragender Bedeutung war [und] die ökonomische Nachkriegsstruktur in der Hansestadt in erheblichen Maße“ beeinflusste (S. 244). Der Aufsatz von Littmann dürfte auch über Hamburg hinaus Anstöße für Forschungsfragen enthalten. Kritisch angemerkt sei, dass in der Zusammenfassung lediglich Bezug zum Deutschen Reich genommen und Hamburg nicht erwähnt wird.

Detlef Garbe, Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, widmet sich mit „Institutionen des Terrors und der Widerstand der Wenigen“ insgesamt drei Themenkomplexen: zuerst dem Verfolgungsapparat aus Polizei und Justiz, dann den Konzentrationslagern in Hamburg und abschließend dem Widerstand, wobei die Stärken des Autors offensichtlich sind. Seine Schwächen zeigen sich gleich eingangs: So fehlen in der lediglich 1 1/3-seitigen Abhandlung zur Gestapo und Polizei sowohl Hinweise auf den biografischen Aufsatz zum Gestapochef Bruno Streckenbach (S. 522f) als auch der Aufsatz von Ludwig Eiber zur Hamburger Gestapo.<sup>3</sup>

3. Michael Wildt, Der Hamburger Gestapochef Bruno Streckenbach. Eine nationalsozialistische Karriere. In: Frank Bajohr/Joachim Szodzyński (Hg.), Hamburg in der NS-Zeit. Hamburg 1995, S. 93-124. Ludwig Eiber: Unter Führung des NSDAP-Gauleiters. Die Hamburger Staatspolizei (1933–1937). In: Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hg.), Die Gestapo – Mythos und Realität. Darmstadt 1995, S. 101 – 117.

4. Katharina Hertz-Eichenrode (Hg.), Ein KZ wird geräumt. 2 Bde. Bremen 2000.

Gleichzeitig wird die Mitwirkung der Kriminalpolizei an den Verbrechen des Nationalsozialismus (Stichwort: „vorbeugende Verbrechensbekämpfung“) erst eher beiläufig im Teil zu den KZ erwähnt (S. 533).

Genauso wenig kann die Abhandlung zur politischen Strafjustiz überzeugen. Dieser Teil der Hamburgischen Geschichte ist durch ein Forschungsprojekt sehr gut erschlossen und hätte zwingend in einem eigenständigen Aufsatz behandelt werden müssen, was Axel Schildt in der Einleitung indirekt zugibt (S. 21).

Dagegen kann Garbe als Gedenkstättenleiter die Geschichte der KZ gut vermitteln: So wird die Entwicklung von den beiden frühen KZ – Wittmoor und Fuhlsbüttel – zur „Vernichtung durch Arbeit“ und dem „Einsatz von Häftlingen in der Kriegswirtschaft“ im KZ Neuengamme kompetent dargestellt. Garbe geht auf die Biografien der Haupttäter ein (S. 538), beschreibt die Häftlingsgesellschaft als „Zwangsgesellschaft“ (S. 542) und stellt die Reaktion der Bevölkerung dar (S. 548). Warum allerdings zur Räumung des Lagers in den Fußnoten kein Bezug auf die zentralen Veröffentlichungen genommen wird<sup>4</sup>, erschließt sich dem

Rezensenten ebenso wenig wie die Tatsache, dass der Autor zwar den neuesten Forschungsstand zur Anzahl der ums Leben gekommenen Häftlinge nennt, dabei parallel aber die Vergleichszahl der insgesamt Inhaftierten vergisst (S. 554).

Der Abschnitt zum Thema „Widerstand“ kann am wenigsten überzeugen, und auch ihm hätte eine eigenständige Bearbeitung in einem Aufsatz gut getan. Grundsätzlich ist dieser Teil geprägt von einem Mangel an Literaturverweisen, Unstimmigkeiten und der Übernahme von zweifelhaften Bewertungen bzw. Behauptungen aus der Sekundärliteratur. Ersteres zeigt sich bspw. darin, dass zum Altonaer Blutsonntag die Arbeiten von Leon Schirmann nicht genannt werden, zum Widerstand der SPD ebenso wenig der Ausstellungskatalog *„Wir sind die Kraft“*, und dass Garbe weder für die sozialistischen Kleingruppen noch den bürgerlichen Widerstand geschweisedenn für Swing-Jugend, Helmut Hübener oder auch den so genannten Hamburger Zweig der Weißen Rose weder Literatur noch Quellen in den Fußnoten angibt (S. 654ff.). Angesichts des Forschungsstandes ist dies völlig unverständlich.<sup>5</sup>

Ärgerlich ist auch die unkritische Übernahme von Bewertungen bzw. das Weitertragen von Mythen: So wird zwar zu Recht auf den Auf-

satz von Klaus Bästlein zur wichtigsten Widerstandsorganisation im Zweiten Weltkrieg zurückgegriffen,<sup>6</sup> gleichzeitig diese aber als „Bästlein-Jacob-Abshagen“-Organisation bezeichnet (S. 558). Zwar benennt Garbe später die eigentliche dritte Führungsperson, Oskar Reincke, doch ist das Weglassen im Namen der Gruppe eine Geschichtsklitterung, die eigentlich nach dem Aufsatz von Bästlein nicht mehr vorkommen darf. Reincke wurde aufgrund seiner durch Folter erpressten Aussagen vor der Hamburger Gestapo nach 1945 zur Personae non grata erklärt und von KPD und VVN dafür geächtet. Auf diesen wichtigen Umstand hat Klaus Bästlein hingewiesen, doch leider ist es bis heute in Hamburg gängig, sich jenem Werturteil unkritisch anzuschließen. Garbe hätte dies hingegen nicht passieren dürfen.

Die abschließende Bewertung, der „Widerstand hatte seine Bedeutung also weniger in der Zeit, als in der Erinnerung an die Zeit“ trifft zu (S. 571) und weist darauf hin, dass die NS-Herrschaft durch den Widerstand so gut wie nie in ihrer Existenz bedroht war.

Insgesamt überwiegen die Stärken des Aufsatzes zwar seine Schwächen, doch gerade der Teil zum Widerstand hätte in dieser Form nicht das Lektorat passieren dürfen.

Fazit: Zwar ist *Hamburg im „Dritten Reich“* keine geschlossene Gesamtdarstellung, doch kann die Veröffentlichung aufgrund ihrer inhaltlichen Bandbreite und der hohen Fachlichkeit der meisten Aufsätze überzeugen. Das Buch ist aufgrund der vielen Literatur- und Quellennachweise eine Fundgrube

für die Fachöffentlichkeit und erreicht wegen seiner guten Lesbarkeit, den grau unterlegten Zusammenfassungen und Biografien sowie durch die zahlreichen Fotos auch ein breiteres Publikum. An diesem Band werden sich weitere regionale Veröffentlichungen messen lassen müssen. **Frank Omland**

## In das Gedächtnis zurückgeholt

Am Anfang stand die Suche eines Mannes nach seiner Vergangenheit – und am Ende ist ein verdrängtes Kapitel der Regionalgeschichte vor dem Vergessen bewahrt. Als der Belgier Henri Goldstein im Frühjahr 1976 über die Bonner Botschaft seines Landes in Quickborn Aufklärung und Nachweis über seine Zeit als Kriegsgefangener im Häftlingslager Himmelmoor anfordert, teilt die Stadt mit, dass es ein solches Lager für Kriegsgefangene jüdischer Abstammung gegeben habe. 1994 bestätigt die Stadt Goldstein diesen Umstand noch einmal.

Zwar regt Gerhard Hoch 1995 an, man möge sich näher mit dem Schicksal der Häftlinge aus dem Himmelmoor befassen, doch es sollen noch Jahre vergehen, ehe tatsächlich Nachforschungen in Gang kommen. Aufgrund einer neuerlichen Anfrage Goldsteins wird das Thema öffentlich, und im Oktober 2001 finden sich einige engagierte Bürger zusammen, um der Ge-

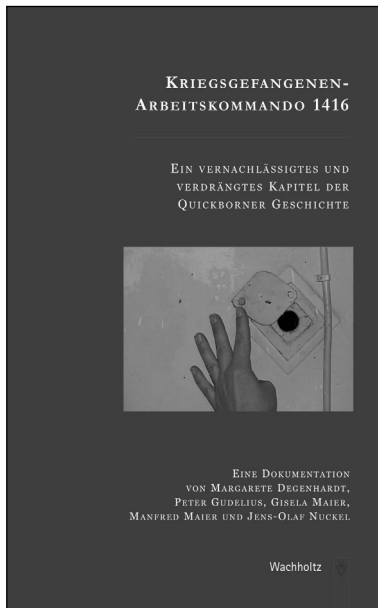
schichte des Lagers nachzugehen. Die Ergebnisse dieser Nachforschungen liegen nun in einer schmalen Dokumentation vor.

Die Arbeitsgruppe stellt schnell fest, dass offizielle Unterlagen kaum existieren. Trotzdem kann sie die Grundzüge der Lagergeschichte und der Häftlingssituation rekonstruieren. Schon seit dem Ersten Weltkrieg beschäftigt eine Firma erst Strafgefangene, dann zusätzlich Kriegsgefangene beim Torfabbau im Himmelmoor. Der Einsatz von Zuchthäuslern ist so lukrativ, dass 1936 eine Unterkunft für bis zu 100 Häftlinge errichtet wird. Und dort werden ab 1939 auch Kriegsgefangene untergebracht.

Die Überlieferungslage ist äußerst lückenhaft, doch vereinzelte Dokumente belegen, dass mindestens 135 französische und russische Kriegsgefangene im Himmelmoor arbeiten mussten. Dabei ist von einer weit höheren Zahl auszugehen; allein für die Zeit vom

5. Für jeden Themenkomplex hätte zumindest ein zentraler Nachweis genannt werden müssen! Außerdem ist kritisch anzumerken, dass die Arbeiten von Gertrud Meyer und Ursel Hochmuth leider zu unkritisch rezipiert werden.

6. Vgl. *AKENS-Info* 13 (1988), S. 3ff.



Margarete Degenhardt/Peter Gudelius/Gisela und Manfred Maier/Jens-Olaf Nuckel, Kriegsgefangenen-Arbeitskommando 1416. Neumünster: Karl Wachholtz Verlag 2005. 85 S.

6. November 1941 bis zum 3. Juni 1942 weist das Sterberegister der Gemeinde 15 Todesfälle nach. Um das Ausmaß des Sterbens vor der Bevölkerung zu vertuschen, wurden die nicht mehr arbeitsfähigen oder schwer kranken Gefangenen dann vermutlich in das „Erweiterte Krankenrevier“ in Heidkaten bei Kaltenkirchen verlegt.

Über die konkreten Arbeits- und Existenzbedingungen im Lager im Himmelmoor gibt die Autobiografie *Les maillons de la chaîne* (*Die Glieder der Kette*) von Henri Goldstein Auskunft, die zur wichtigsten Quelle der Dokumentation wird.

Darin berichtet er von den unerträglichen Lebensbedingungen auf allerengstem Raum, die katastrophale Verpflegung und die äußerst schwere Arbeit beim Stechen und Stapeln der Torfsoden. Zahlreiche Auszüge aus der zu diesem Zweck übersetzten Autobiografie lassen allenfalls erahnen, was Goldstein und seine Mithäftlinge in der düsteren Trostlosigkeit des Moorlagers ertragen mussten. Goldstein wird im Mai 1945 von den Engländern befreit und zur körperlichen Genesung in ein Lazarett gebracht, ehe er nach Belgien zurückkehren kann.

Die Autoren der Dokumentation beschreiben auch die weitere Auseinandersetzung um das Lager – Lagerführer Rohde wird zwar 1947 vor Gericht gestellt und zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, kommt aber 1950 wieder auf freien Fuß. Der Betreiber des Torfwerks bleibt unbehelligt und kann seine Geschäfte fortsetzen – wieder mit Strafgefangenen, diesmal aus der Vollzugsanstalt Rendsburg.

In dem steten Bemühen, neben der Rekonstruktion historischer Zusammenhänge zugleich auch ihre eigene Rolle zu reflektieren und zu problematisieren, fühlen sich die Autorinnen und Autoren der Dokumentation offenkundig dem Ethos kritischer Geschichtswerkstätten verpflichtet – immer wieder benennen sie die Ziele und Grenzen ihrer Arbeit. Das gibt der Dokumentation den Zug einer angenehmen Direktheit, die sich nicht hin-

ter der Fassade bemüht distanzierter Wissenschaftlichkeit verbirgt.

Gleichwohl wäre in mehrfacher Hinsicht die Orientierung an anderen Publikationen aus der und über die regionale Historiografie hilfreich gewesen. Denn bei aller Sorgfalt der Recherche merkt man der Publikation doch eine gewisse Un erfahrenheit der Verfasser an. Die Verwendung kursiver Schrift zur Kennzeichnung von Zitaten etwa – vor allem aus den Memoiren Goldsteins – ist verwirrend. Gerade im Abschnitt 8, der aus Textpassagen Goldsteins besteht, werden zusammenfassende Zwischenkommentare ebenso gekennzeichnet. Hilfreich wären hier auch Seitenverweise auf die Originalausgabe gewesen, da man in der Aneinanderreihung der auf das Lager bezogenen Textstellen nicht ersehen kann, wie kohärent sie im Original sind. Das erschwert auch die Orientierung in der Zeitstruktur der Erinnerungen.

Eine eigene weitergehende Beschäftigung der Leser mit dem Thema wird durch die Unvollständigkeit einiger Nachweise erschwert – es wäre z.B. hilfreich gewesen, gleich hier zu erfahren, wo die erwähnte Übersetzung von Henri Goldsteins Memoiren zugänglich ist (vermutlich als Übersetzungsmanuscript bei der Autorin Degenhardt). Und besonders interessant wäre die Aufklärung eines Widerspruchs gewesen: Heißt es auf Seite 12 noch „Ausgerechnet die Akte 30–27 des Ordnungs- und Sozial-

amtes [...] ist allerdings verschwunden“, so wird dieses Konvolut mehrfach als im Besitz der Geschichtswerkstatt Quickborn befindlich nachgewiesen und auch daraus zitiert. Vor allem, wenn ein absichtliches Verschwindenlassen der Akte anklingt (denn 1978 war sie nachweislich noch vorhanden), wäre es aufschlussreich gewesen, inwieweit hier eine Doppelüberlieferung existiert oder die Unterlagen schließlich doch wieder aufgetaucht sind.

Wie so oft könnte das Ende vielleicht wieder ein Anfang sein: Die Autoren weisen darauf hin, dass sie zwei Gefangenengruppen bisher nicht berücksichtigen konnten – russische Kriegsgefangene und so genannte NN-Gefangene, also Menschen, die im Rahmen der „Nacht-und-Nebel“-Aktionen im besetzten Ausland festgenommen und im Reichsgebiet inhaftiert wurden. Mehrere Jahrzehnte nach den Ereignissen mag eine Recherche, eine Suche nach Opfern aussichtslos scheinen, aber nicht zuletzt die vielen Publikationen zum Thema Zwangsarbeit, die ebenfalls sehr spät erarbeitet wurden und die Zusammenhänge doch detailliert rekonstruiert haben, sollten Anregung sein, auch für die Betroffenen im Himmelmoor weiter zu suchen. Vielleicht ist der Versuch, jegliche weitere Nachforschung vor Ort zu verhindern, dafür ja ein zusätzlicher Anstoß (siehe hierzu S. 92f.)

Kay Dohnke

## Autoren der Berichte und Rezensionen

Hansjörg Buss, geb. 1971, Studium der Mittleren und Neueren Geschichte in Kiel, M.A. Laufendes Promotionsprojekt zur Lübecker Landeskirche 1918–1950. Stipendiat der Nordelbischen Kirche. Veröffentlichungen u.a.: „Eine Chronik gemischter Gefühle“. Bilanz der Wanderausstellung ‚Kirche, Christen, Juden in Nordelbien 1933–1945‘ (Hg., zus. m. A. Göhres, S. Linck und J. Liß-Walther, Bremen 2005).

Uwe Danker, geb. 1956. Studium der Geschichte, Mathematik und Soziologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, 1981 Staatsexamen Höheres Lehramt, 1986 Promotion zum Dr. phil., seit 1985 Mitherausgeber der Zeitschrift *Demokratische Geschichte*. Verschiedene berufliche Stationen an Forschungsinstitutionen und in der Politik. Seit 1994 Universitätsprofessor und Direktor am Institut für Geschichte und ihre Didaktik der Universität Flensburg sowie am Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte an der Universität Flensburg (zzt. geschäftsführend). Zahlreiche Publikationen zur regionalen Zeitgeschichte und zur Kriminalitätsgeschichte der Frühen Neuzeit.

Kay Dohnke, geb. 1957. Studium der Literaturwissenschaft, tätig als freier Publizist. Zahlreiche Publikationen zur Rolle von Literatur und regionaler Kultur im Nationalsozialismus sowie zur Ideologisierung der Literatur im 20. Jahrhundert, darunter: *Niederdeutsch im Nationalsozialismus. Studien zur Rolle regionaler Kultur im Faschismus* (Hg., zus. m. N. Hopster und J. Wirrer, Hildesheim 1994). *Nationalsozialismus in Norddeutschland. Ein Atlas* (Hamburg/Wien 2001).

Renate Dopheide, geb. 1960, Historikerin. Arbeitet seit einigen Jahren im Vorstand des AKENS und in der Redaktion der *ISHZ* mit.

Eckhard Heesch, geb. 1960. Studium der Germanistik und Geschichte an der Universität Kiel. Studium der Medizin (nicht abgeschlossen). Ausbildung als Krankenpfleger. Tätig als Dozent in der politischen und beruflichen Erwachsenenbildung sowie als Krankenpfleger. Arbeitsschwerpunkte: Medizin im Nationalsozialismus, Psychatriegeschichte Schleswig-Holsteins, Bioethik, Klinische Ethik.

Nils Hinrichsen, geb. 1964 in Husum, M.A. Studium der Geschichte und Volkskunde in Kiel, Hannover und Hamburg. Langjährige Mitarbeit an div. Hamburger Museen und Gedenkstätten. Dissertationsprojekt: Alltags-

biografie eines christlich-jüdischen Hamburger Ehepaares. Zzt. wissenschaftlicher Angestellter am Landemuseum für Kunst und Kulturgeschichte in Oldenburg i.O.

Jan Klußmann, geb. 1964. Historiker, Dr. phil. Studium in Kiel, 1994–1998 Mitarbeit der Max-Planck-Arbeitsgruppe „Ostelbische Gutsherrschaft“ an der Universität Potsdam. 2000–2002 Forschungsprojekt am Stadtarchiv Kiel. 2000 Dissertation. Veröffentlichungen zur Geschichte der ländlichen Gesellschaft im 18./19. Jahrhundert, zur NS-Zwangsarbeit, zur schleswig-holsteinischen und zur niederlausitzer Regionalgeschichte. Seit 2003 Leiter des Stadtarchivs Forst (Lausitz).

Heidemarie Kugler-Weimann, geb. 1951. War bis 2002 Lehrerin an der Geschwister-Prenski-Schule Integrierte Gesamtschule Lübeck. Seit 1980 Mitarbeit an verschiedenen Projekten zur NS-Geschichte Lübecks.

Stephan Linck, geb. 1964, Historiker, Dr. phil., zzt. selbstständig. Veröffentlichungen u.a.: *Der Ordnung verpflichtet. Deutsche Polizei 1933–1949. Der Fall Flensburg* (Paderborn 2000), Als Jesus „arisch“ wurde. *Kirche, Christen, Juden in Nordelbien 1933–1945* (Hg., zus. m. A. Göhres u. L. Liß-Walther, Bremen 2003), „Eine Chronik gemischter Gefühle“. Bilanz der Wanderausstellung ‚Kirche, Christen, Juden in Nordelbien 1933–1945‘ (Hg., zus. m. H. Buss, A. Göhres u. J. Liß-Walther, Bremen 2005) sowie zahlreiche Aufsätze zur Geschichte von Sicherheitsapparat, Polizei und Gestapo.

Frank Omland, geb. 1967, Dipl.-Sozialpädagoge, wohnhaft in Hamburg. Seit 1991 aktives Mitglied im AKENS, seit 2003 im Vorstand. Forschungsschwerpunkt: Wahlen und Abstimmungen in der NS-Diktatur. Vermittlung der NS-Geschichte auf Stadtführungen in Hamburg und Kiel.

Kontaktaufnahme zu den Autorinnen und Autoren über [post@akens.org](mailto:post@akens.org)